

B e i t r ä g e

zur

neusten Deutschen Geschichte.

Bier Aufsätze

von

Joh. Gust. Droyfen.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 4 9.

Neuer deutscher Reichs-
Kalendar



1771

1771
1771
1771

V o r w o r t.

Die vier Aufsätze, welche ich zu veröffentlichen mich veranlaßt sehe, machen keinen weiteren Anspruch als den, zur Aufklärung eines merkwürdigen Abschnittes unserer neusten Geschichte beizutragen und gewissen Irrthümern zu begegnen, die man geflissentlich verbreitet hat.

Es wird für den Leser ohne Interesse sein, die ursprüngliche Bestimmung des Briefes, der an erster, der Denkschrift, die an letzter Stelle abgedruckt ist, zu wissen; der Schluß der Denkschrift blieb unausgearbeitet, nachdem drei verschiedene Entwürfe zu demselben gemacht waren. Ich erinnere mich nicht mit Sicherheit, ob die unter Nr. 2 mitgetheilte »Vorlage« in das Bundestagsprotocoll der durch sie angeregten Verhandlungen aufgenommen ist; ich habe den Aufsatz hier nach dem ersten Concept abdrucken lassen, dessen eingereichte Reinschrift möglicher Weise einige stylistische Abweichungen erhalten haben kann. Die »Notiz, die Verhandlungen über die Begründung einer Central-executivgewalt betreffend« (Nr. 3), habe ich unverändert, so wie sie unter dem unmitttelbaren Eindrucke der Verhältnisse niedergeschrieben, lassen zu müssen geglaubt.

Kiel, den 9. October 1849.

Joh. Gust. Droysen.

1851

The first of these is the fact that the
 population of the country has increased
 since the year 1840. This increase
 has been the result of various causes,
 but the principal one is the
 immigration of foreign laborers.
 These laborers have been attracted
 to the country by the prospect of
 finding employment and a better
 life than they could find in their
 native countries. They have
 brought with them their families,
 and their numbers are increasing
 rapidly. This has had the effect
 of increasing the population of
 the country, and of increasing
 the demand for labor. This has
 led to the discovery of new
 sources of labor, and to the
 development of new industries.
 The result has been a rapid
 increase in the production of
 goods, and a consequent
 increase in the wealth of the
 country. This has led to the
 development of a new class of
 capitalists, and to the
 establishment of a new
 social order. The result has
 been a rapid increase in the
 power of the few, and a
 consequent decrease in the
 power of the many. This has
 led to the establishment of a
 new class of laborers, and to
 the development of a new
 social order. The result has
 been a rapid increase in the
 power of the few, and a
 consequent decrease in the
 power of the many.

The end of the world

Inhalt.

	Seite
I. Schreiben an Die politische Lage Deutschlands betreffend . . .	1
II. Vorlage an die siebenzehn Männer des öffentlichen Vertrauens, die Executivbefugnisse der hohen Bundesversammlung betreffend	8
III. Notiz, die Verhandlung über die Begründung einer Central-executivgewalt betreffend	14
IV. Denkschrift, die deutschen Angelegenheiten betreffend	41

THE HISTORY OF THE

Faint, illegible text covering the main body of the page, likely bleed-through from the reverse side.

I.

Schreiben an Die politische Lage Deutschlands betreffend.

Frankfurt, den 6ten April 1848.

Sw. fordern meine Ansicht über die Lage der deutschen Verhältnisse. Sie scheint mir weniger erfreulich als sich das vaterländische Hochgefühl gern vorspiegeln möchte. Ich fürchte, daß man das einzige wahre Heilmittel am 19ten März in Berlin auf die Gasse geschüttet hat. Man hat allerlei Unkraut obenhin abgemäht; wie bald werden die Wurzeln wieder ausschlagen.

Das Vorparlament hat die Sache der Nation dadurch sehr übel berathen, daß es eine constituirende Versammlung für Deutschland gefordert hat. Wäre man besonnen gewesen, so hätte man die Bundesversammlung statt sie zu schwächen möglichst stärken, sie in ihrem Erbieten vom 30. März festhalten, demgemäß von ihr fordern müssen, die in Aussicht gestellte neue Bundesverfassung einer nationalen Versammlung in so und so kurzer Zeit zur Annahme oder Revision vorzulegen. Jetzt wird die Kritik trotz des unglücklich mißdeuteten »Einzig und allein« bei den Einzelstaaten sein statt bei der Nation; man wird diese in ihren Vertretern auflaufen lassen.

Aber wir Vertrauensmänner sind ja berufen eine derartige Verfassungsvorlage zu machen? Wir berathen ohne Instructionen, und es kommt nicht darauf an, irgend ein bestes Verfassungsschema aufzustellen, sondern darauf, was die deutschen Souveraine

täten von ihren Regierungsrechten an die Gemeinsamkeit abgeben wollen — auf die Gründung einer einheitlichen Regierungsgewalt. Diese wird nicht durch Beschlüsse gemacht, sondern durch Thatsachen — und der entscheidende, wenigstens der günstigste Moment ist schon veräußert.

Ich hoffe, Sie werden mich nicht mißverstehen, als hätte ich von der Paulskirche gesprochen. Lassen Sie mich ein wenig tiefer gehen.

Seit das deutsche Kaiserthum durch das Erzhaus verzettelt worden, seit die Rheinbundsobermächte die Rechtscontinuität der Nation verrathen und sich lustig mit der Plünderung ihrer Mitstände am Reich arrondirt haben, seit jener Zeit »tieffter Erniedrigung« ist politisch die Nation nicht mehr. Ihr Untergang gab dem concentrirten Frankreich eine furchtbare Ueberlegenheit, vor der Moskau erzitterte. Es war ein großer Gedanke Alexanders (oder vielmehr Steins), daß nur die einheitliche Herstellung Deutschlands »aus dem ureigenen Geist der Nation« Europas Frieden sichern könne; in diesem Gedanken vereinte sich Preußen mit Rußland in der Proclamation von Kalisch. Aber Oesterreich stand lauernd »zu bewaffneter Vermittlung« zur Seite, gerüstet sich für oder wider zu entscheiden; für welchen Preis man es gewonnen, lehrt der Nieder Vertrag. Oesterreichs Interesse war und ist die Nichteinheit Deutschlands, muß es sein, so lange die dynastische Gesammtmonarchie sich erhalten zu können glaubt.

Eine dritte Wendung, der »Rheinbund ohne Protectorat«, oder unter welchem Namen immer diese Gründung der »sechsten Großmacht«, welche die rein deutschen Staaten umfassen sollte, erschien, diente nur dazu, das Verhältniß der beiden deutschen Großmächte gegen die pretentiösen Gelüste Baierns und Württembergs desto schärfer hervortreten zu lassen.

Aus den Prämissen von 1806, 1813 und 1815 hat nie etwas anderes als der lockere Staatenbund, der nur völkerrechtliche Verein deutscher Souverainetäten, entstehen können; der Nationalis-

mus der Scheingleichheit der größten und kleinsten Glieder im Bunde vollendete dessen Ohnmacht und innere Unwahrheit. Jede Reform der Bundesverfassung war in dem Grade unmöglich, als sie jene Prämissen, und in ihnen die großen Interessen Oesterreichs hätte verletzen müssen. Die Thätigkeit des Bundes konnte wesentlich nur dahin gewandt sein, zu hindern, daß sich zu den bei seinem Ursprung thätigen Factoren nicht ein neuer hinzubildete; sowohl die freiheitlichen wie die nationalen Entwicklungen mußten überwacht und möglichst zurückgedrückt werden, weil sie nur auf Kosten der Souverainetäten möglich waren. Dies System erhielt Oesterreich, indem es Preußen infibulirte. Es ist das traurigste Zeugniß der Verschiffenheit der Nation, ihrer politischen Unmündigkeit gewesen, daß sie die preußischen Vorgänge seit 1840 völlig mißverstand.

Wie herbe hat man das Verfassungspatent vom 3ten Februar getadelt, wie die Nase gerümpft, daß es nicht ein scharf ausgeprägtes constitutionelles System brachte. Noch heute glaube ich wie damals, daß ein solches System eine nationale Einigung Deutschland vorweg unmöglich gemacht hätte. Jene Formel des 3ten Februar ließ einer innigen Vergliederung Preußens mit dem übrigen Deutschland Raum. Mißlingt die jetzige Umgestaltung Deutschlands, so muß Preußen in schärfster Weise constitutionell geschlossen werden, muß den Kern, so zu sagen das unmittelbare Reichsland, bilden, an das sich nach und nach anschließen mag, was deutsch sein will. Mißlingt das neue Deutschland, so, fürchte ich, steht das alte Oesterreich und das neue Preußen auf Leben und Tod gegen einander; denn selbst ein mittlerer Ausdruck wäre Preußens Tod. Es sind dies Sätze von gewagter Schärfe; doch denke ich, sie werden sich geltend machen, sobald sich der aufgewühlte Staub des Augenblickes gelegt hat.

Nehmen wir die Situation, wie sie nun einmal ist. Auf welche Anlässe hin auch immer zum Durchbruch gekommen, eine nationale Bewegung ist da, einer jener Factoren, die man im Bunde so lange niederzuhalten gesucht hat. Der andere, die frei-

heitliche Bewegung, ist, wie mich dünkt, mehr negativ als constructiv, und nur von stoßweiser Wirkung. Aber wird jenem nicht seine rechte Stellung und Einwirkung, so treibt ihn dieser in die Idealisterei, in den Antimonarchismus, in die Anarchie, bis endlich die alten Staatlichkeiten, beide niederwerfend, in ihrer Scheinrechtfertigung doppelt hartnäckig dastehen werden.

Nach den bisherigen Vorgängen hat der nationale Factor kein anderes Organ als jetzt den Ausschuß der Fünfzig, künftig die Nationalversammlung. Soll diese ohne gegenüberstehende präsente Macht eines Gouvernements arbeiten? abgesehen von der ungeheuren Explosionsgefahr, die darin liegt, wird sie einer geordneten Wirksamkeit unfähig sein, wenn ihre Executive außer ihrem unmittelbaren Bereich und an mehreren dreißig Punkten auseinander liegt.

Ferner darf man sich nicht verbergen, daß die ganze deutsche Frage eine einfache Alternative zwischen Preußen und Oesterreich ist. In ihnen hat das deutsche Wesen seinen positiven und negativen Pol, mit jenem alles nationale und reformative, mit diesem alles dynastische und destructive Interesse. Das alte Schwebesystem des Bundes, die letzte Möglichkeit, beide in gleicher Weise zu umfassen, ist durch das Erstarken des nationalen Factors dahin. Die deutsche Frage ist keine Verfassungs-, sondern eine Machtfrage; — und die ganze Monarchie Preußen ist nun deutsch — die österreichische kann es nicht werden. Gebe Gott, daß diese Machtfrage sich vor dem Parlament entscheidet; in demselben müßte sie sofort zu einer Zersekung wie der Versammlung so der Nation führen.

Endlich ist wohl zu beachten, daß sich der nationale Factor auf Frankfurt, auf den Indifferenzpunkt von Nord- und Süddeutschland geworfen hat. Das neue Deutschland will sich von da aus gründen, wo die reellen Kräfte am entferntesten, die Phrasen am größten, die Ansprüche maßlos sind, von da aus, wo man am wenigsten in Erfahrung hat, daß Macht des Ganzen Opfer von dem Einzelnen fordern muß. Augenblicklich hat Frankfurt die zufällige Gunst, von größerer Intensität zu sein als die vorübergehend ge-

lähmten beiden Großmächte; es hat den Vortheil, in der rechtlich begründeten Form der Bundesversammlung eine Handhabe zur Organisation benutzen zu können, die man verwenden muß, um dem nationalen Factor eine positive Fassung zu geben, und jene Alternative zu entscheiden.

Hat das Vorparlament die Initiative für das Verfassungswerk dem Bunde so gut wie escamotirt, so muß derselbe die der einheitlichen Machtbegründung vorweg zu nehmen eilen. Nur wenn sie gelingt, wird es möglich sein, einen Einfluß auf die Constituierung Deutschlands zu behalten, und namentlich der Arbeit der Siebzehn eine mehr als doctrinaire Bedeutung zu sichern. Sie wird dann das Angebot der deutschen Souverainetäten an die Nation sein, und man wird das durch das Vorparlament Mißleitete in einem gewissen Grade wieder in die Hand nehmen können.

Das sind die Elemente meiner Betrachtungen, meine Diagnose. Der mächtige Drang augenblicklicher Verhältnisse giebt der Bundesversammlung Anlässe genug, auf dem am 1. März betretenen Wege selbstständiger Entschliessungen weiter zu schreiten, den Mißbrauch der Instructionseinholung noch weiter abzuthun, ganz nach dem Geiste und dem Wortlaut des ursprünglichen Bundesvertrages, und so wie denselben die Humboldt, Gagern, Wangenheim in den ersten Jahren seines Bestehens zu dirigiren gedachten, zu verfahren. Man wird dies um so eher können, da mit der von der Bundesversammlung ausgesprochenen Aufhebung aller Ausnahmebeschlüsse seit 1819 vor Allem die Wiener Schlußacte getroffen zu erachten, und damit der deutsche Bund auf Art. X. der Bundesacte, »die Abfassung der Grundgesetze des Bundes und dessen organische Einrichtung in Rücksicht auf seine auswärtigen, militairischen und inneren Verhältnisse« betreffend, zurückverwiesen ist.

Nach meinem Dafürhalten wird die Anregung zu dieser Wendung von den Siebzehn auszugehen haben; und ich denke in den nächsten Tagen in diesem Sinne einen Antrag einzubringen. Ich werde mich zunächst auf das Materielle beschränken; die Form der

Bethätigung jener drei Befugnisse wird sich sicherer in der Discussion mit der Bundesversammlung ergeben. Von dieser schwierigeren Frage ausgehend würde man, besorge ich, an der Gränze der Möglichkeiten eher zu sein glauben, als es die einmal erkannte und anerkannte Nothwendigkeit gestatten wird.

Ich verhehle mir nicht die Gefahren dieser Versuche; nur ein Rückschluß aus dem, was sich in den Geschehnissen der letzten Wochen zu zeigen scheint, läßt überhaupt an die Möglichkeit denken sie zu wagen. Am 1. März hatte Graf Dönhof in Abwesenheit des Präsidialgesandten den hochherzigen Muth, jenen Bundesbeschluß zu veranlassen, der ganz in das bezeichnete Geleise einlenkt; daß nur nicht auch ihn der 18. und 19. März gelähmt hat. Die größere Gefahr, aber allerdings auch der größte Segen der ganzen Maßregel würde darin liegen, daß die Ausführung sofort Oesterreich zwingt sich zu erklären. Mit freudigem Herzen fordere ich von Preußen, daß es seine und Deutschlands auswärtige Verhältnisse identificirt, daß es seine Heeresmacht dem Bundesfeldherrn zur Verfügung stellt. Aber Oesterreich als Gesamtmonarchie wird das weigern müssen; dies Oesterreich kann, so weit ich sehe, nicht über die Wiener Schlußacte zurück. Ich vermag es nicht zu beurtheilen, ob die Gesamtmonarchie sich zu dem Föderalismus zurückzuleben vermag, aus dem sie blutig und mühsam hervorgearbeitet ist; noch weniger maße ich mir ein Urtheil über die Interessen, über die politischen Möglichkeiten des deutschen Oesterreichs an. Wohl uns, wenn es mit uns andern nach so langer und völliger Scheidung deutsch sein kann; aber ist ihm jene alte Verquickung mit dem Auslande werthvoller und heilsam, wohlan, so bleibe es dabei, lasse es uns andere Deutsche mit Preußen gehen, wie längst schon in den geistigen Interessen, wie trotz Art. XIX. der Bundesacte im Zollverein; so nun endlich in dem Sinne unseres staatlichen Lebens. Die geographische petitio principii würde die deutsche Politik nur dahin bringen, daß ihr größere und schmerzlichere Verluste unvermeidlich, daß sie selbst zu einer Chimäre würde.

Erw. . . . wollen entschuldigen, wenn alle diese Vorstellungen noch unklar und ohne feste Peripherie sind. Es ist nicht bloß, daß mir die Haft unglaublicher Vorgänge die Gedanken schwerfällig macht; ich habe in diesen ersten Tagen mit der schleswig-holsteinschen Frage, und mit der Aufnahme der holsteinschen Stimme in den Rath der Siebzehn so vielerlei zu schaffen gehabt, daß ich jene anderen Dinge nur erst wie aus der Ferne betrachtet habe. Ich hätte von so embryonischen Vorstellungen nicht zu sprechen gewagt, wenn mir nicht an Dero staatsmännischer Kritik zu viel läge, als daß ich nicht das Meinige thun sollte, möglichst bald Ihre Gegenbemerkungen lesen zu können.

Genehmigen Sie u. s. w.

II.

Vorlage an die sieben Mannen des öffentlichen Vertrauens, die Executivbefugnisse der hohen Bundesversammlung betreffend.

(Eingegeben am 12ten April.)

Allerdings sind die Männer des Vertrauens zunächst berufen, in Betreff der Reform der Bundesverfassung dem hohen Bunde zur Seite zu stehen. Wenn aber derselbe überhaupt auf deren Beirath verwiesen ist, so scheint es unbedenklich, wenn sie auch in weiterem Kreise der Initiative guten und heilsamen Rathes in Anspruch nehmen.

Die dringende Gefahr der inneren Verhältnisse Deutschlands scheint die Aufmerksamkeit der Bundesbehörde fast zu absorbiren; wenigstens ist in den beiden großen Geschäftskreisen des Militairischen und des Auswärtigen (Art. X. der Bundesacte) augenblicklich mit Nichten diejenige Thätigkeit und Bildungskraft erkennbar, die sich für die inneren Verhältnisse in sehr anerkennenswerther Weise bewährt.

Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich, auf folgende Punkte aufmerksam zu machen und der gewogentlichen Beachtung des Vertrauensrathes anheim zu geben.

1. Gewiß hat die Militairverfassung des Bundes große Verdienste. Durch die ungeheuren Bewegungen der letzten Wochen ist sie vollkommen überholt. Ueberall ertönt der Ruf nach Volksbewaffnung; an jedem Punkte des Vaterlandes muß man sie gleichsam

von Neuem erfinden. Es fehlt an innerem Zusammenhang, an leitenden Grundsätzen; bei der größten Bereitwilligkeit des deutschen Volkes muß man besorgen, daß das Bessere erst mit unverhältnißmäßigen Opfern und traurigen Erfahrungen errungen wird.

Es dürfte die Militaircommission des hohen Bundes aufzufordern sein, sich ungesäumt der Leitung der Volksbewaffnung zu bemächtigen, ihre Organisation, ihre Aufgabe, ihren Geist nach der höchsten und freiesten Auffassung zu bestimmen und an diesem wichtigsten Punkte den hohen Bund, dem Vaterlande zum Heil, voranzuschreiten zu lassen.

Vielleicht ist es erlaubt, auf die Brochüre »Stehendes Heer und Volksbewaffnung von F. v. B.« aufmerksam zu machen.

2. Die Gefahren der nördlichen Küsten Deutschlands zeigen, wie heillos es ist, daß Deutschland keine Marine hat. Es muß eine Seevertheidigung geschaffen werden. Auch Nordamerika war, als es seine Unabhängigkeit erkämpfte, im Stande, plötzlich gleichsam aus dem Nichts die Anfänge einer Marine zu gründen, die sich sofort als höchst wirkungsvoll bewährte.

Irrt man sich nicht, so ist bereits 1817 bei Gelegenheit der Anträge der freien Städte, die Nordsee gegen die Barbareskenschiffe zu schützen, die mit großer Frechheit die deutsche Kauffarthi gefährdeten, ein Entwurf eingegeben worden, auf die schnellste Weise diesem Mangel abzuhelfen. Durch die seitdem zahlreichen Dampfschiffe ist die Sache in Etwas erleichtert.

Deutschland besitzt bereits ein Paar Kriegsfahrzeuge: die preussische Amazone, die Wachtcorvette vor Altona, der Zeit im Besitze der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, einige kleinere Fahrzeuge im Besitze von Mecklenburg und Hannover. Kanonenböte verstand man 1811 in Preußen in vierzig Tagen für das frische Haf in solcher Zahl zu schaffen, daß die Mogatinsel und Pillau dadurch vor den in Danzig getroffenen Maßregeln geschützt werden konnten.

Vor allem, wenn man derartige Vertheidigungsmittel haben

muß, so ist keine Frage, daß energischer Wille und rascher Entschluß sie schaffen kann. An Matrosen ist kein Mangel, unsere Nordseeküsten, namentlich die friesischen, haben die besten, die es in der Welt giebt; an der Ostseeküste ist das seegewohnte Volk zahlreich genug, um eine Ostseeflotte zu bemannen. — Man hat alles nöthige Material bis auf eigens dazu gebaute Schiffe. Aber für den Augenblick wird man, wie einst die Amerikaner, sich mit der haultichen Verstärkung, der Armirung großer Kauffahrer genügen lassen können; Danzig, Pillau, Stettin, Rostock, Lübeck, von der Nordsee zu schweigen, haben Fahrzeuge genug, um einen derartigen Plan zu machen. Vertragsmäßig sind die zwischen Preußen und Rußland fahrenden Dampfschiffe so gebaut, daß sie zum Kriegsdienst sofort verwandt werden können.

Es ist kläglich, daß Deutschland den höhniischen Verheerungen der kleinen dänischen Marine sich wehrlos gegenüber glaubt. Mit großem Entschluß vermag man, gilt es Dänemark allein, schnell zu Resultaten zu gelangen. Eine kühne Landung in Seeland und Fühnen verscheucht das ganze Gespenst einer für das große Deutschland unerreichbaren Dänenmacht.

Die Militaircommission des hohen Bundes werde sofort beauftragt, in diesem Sinne zu berathen und zu verfahren; es werde auf Grund der Matrikel des deutschen Bundes die Geldverwendung für den Anfang einer deutschen Flotte gemacht. Die Rheder in unseren Nord- und Ostseehäfen warten nur darauf, ihre Thätigkeit einmal der Rettung und Ehre des Vaterlandes zuzuwenden.

3. Die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands betreffend, wird es jeder Vaterlandsfreund auf das schmerzlichste beklagen, daß diese seit 35 Jahren stets hintangeseht und am wenigsten als deutsche Sache behandelt, nicht einmal jetzt von den großen Impulsen, die das Vaterland erfüllen, mit berührt und erhoben worden sind.

In diesen Tagen, wo ganz Deutschland sich hoffend erhebt und wo es endlich das Wort von 1816 wahr machen mußte, daß

„Deutschland als Gesamtmacht wieder in die Reihe der europäischen Mächte eintrete“; in diesen Tagen, noch am 2. und 4. April, hat der hohe Bund die wichtigsten und dringlichsten auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands nicht selbst in die Hand genommen, sondern an ein einzelnes Cabinet übertragen, ein Cabinet, welches in dieser Frage nicht allein das deutsche, sondern sein eigenes Interesse wahrzunehmen hat; ja man ist so weit in der Selbstverleugnung gegangen, daß man eben darum Preußen gewählt hat, die Vermittelung mit Dänemark zu übernehmen. Die Vermittelung, ich weiß nicht, ob zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein oder Deutschland! Die Stettiner Kaufmannschaft hat in Berlin gefleht: nur um Gottes Willen kein Krieg, weil sonst der Handel ruiniert ist. Preußen wird, denn es hat ja die ganze Sache in die Hand genommen, Preußen wird in dieser Lebensfrage für Deutschland alles thun, um seine Küsten, seinen Handel nicht zu exponiren; — wie 1813 gewisse Küstenstaaten von Nordamerika Unterwerfung unter die unbilligen Forderungen Englands forderten, — aber die Union entschied, es auf das Aeußerste kommen zu lassen; und daß Baltimore, ja Washington von den Engländern zerstört ward, ist der segensreichste Verlust gewesen; das Capital, das die Union mit diesem transitorischen Verluste erwarb, war, daß sie eine Weltmacht geworden ist; seitdem scheut selbst die englische Eifersucht die ernste Hoheit der Sterne Amerikas.

Begreife der Bundestag die hohe Aufgabe, die zu erfüllen, nach drei Jahrzehnten stets wachsender Hemmung und Verkürzung, ihm die hohe Bewegung der Nation, die Hülfe der Siebzehner und der Fünfziger, ja sein eigener hochherziger Entschluß in Betreff der seit 1819 erlassenen Ausnahmegesetze eben jetzt die Gelegenheit bietet. Werde er jetzt rasch und kühn und zum Heile Deutschlands, was er zu sein nie hätte sich entreißen lassen sollen; kein deutsches Cabinet, keines kann und will ihn mehr hindern. Ergreife er die auswärtige Politik Deutschlands, führe er sie in deutschem Geiste: ganz Deutschland wird ihm danken, ihm zujauchzen.

Vielleicht ist es zu spät, die Verhandlungen mit Dänemark unmittelbar in seine Hand zu nehmen. Aber der hohe Bund veräume nicht die Gelegenheit, in dieser großen Frage Preußen, ich sage nicht zu überwachen, wohl aber zu instruiren, die preußische Diplomatie verantwortlich zu machen, ihr scharf und unzweideutig die Wege und Ziele zu bezeichnen, welche Deutschland fordert.

Dänemark ist bei Weitem nicht der einzige Punkt draußen, wohin sich der Blick des hohen Bundes zu wenden hat.

Der Herzog von Luxemburg-Limburg ist Mitglied des Bundes, ist durch seine holländische Krone zugleich in Beziehungen zu den maritimen Verhältnissen Europas, welche eine deutsche Politik am wenigsten in diesem Augenblicke außer Acht lassen darf. Der hohe Bund als solcher trete mit dem Haager Cabinet in Beziehung, suche Verständigung mit dieser Macht, welche nur zu lange durch mehr oder minder geflüchtigtes Mißverstehen ihrer wahren, ihrer höheren politischen Interessen sich Deutschland feindselig oder fremd gehalten hat. Eine deutsch-holländische Allianz wird der Anfang heilsamer Gegenseitigkeit auch für die wiederkehrenden Segnungen des tiefen Friedens sein. Für den Augenblick würde sie uns eine maritime Beihülfe schaffen, die in jeder Beziehung dankenswerth wäre.

In demselben Interesse dürfte es rathlich sein, mit Schweden in Beziehungen zu treten, die, wenn ich recht unterrichtet bin, in jeder Weise dort gern gesehen werden; dort wie überall in den Staaten zweiten und dritten Ranges in dem Maasse gern, als die Großmächte das Aufhören der deutschen Ohnmacht, die ja ihr Werk und die Grundlage ihrer Uebermacht ist, mit Mißtrauen ansehen werden.

In dieser und anderer Hinsicht von dem größten Werthe ist es, daß man das Königreich Belgien beschickt. Es ist nicht nöthig auseinander zu setzen, welche Sicherung ein nahe Vernehmen mit diesem kleinen, aber freiheitlich fest gegründeten Staate für Deutschland darbietet; es mag nicht unerwähnt bleiben, daß unter

den Garanten der Beschluß der Londoner Conferenz wohl Preußen und Oesterreich, aber nicht der deutsche Bund ist, der vielleicht das nächste Interesse an dem Bestande der Krone Belgien hat.

Endlich die wichtigste Anknüpfung und diejenige, auf welche das größte Gewicht zu legen ist, wäre eine nordamerikanische. Wer den Gang der deutschen Angelegenheiten zu überschauen vermag, muß die Nothwendigkeit und die innere Wahrheit derselben sofort einsehen. Deutschland und Nordamerika sind für Krieg und Frieden die natürlich Verbündeten. Die Frage des Sundzollés allein schon dürfte nach allen Antecedentien eine beachtenswerthe Gemeinsamkeit veranlassen können. So Gott will, ist in Kurzem auch ihr Inneres in den wesentlichsten Beziehungen analog. Und sind die Gefahren, die Deutschland bedrohen, nicht mit heut und morgen abgethan, so kommt eine nordamerikanische Allianz uns auch nach Wochen und Monaten nicht zu spät. Wagen wir nur den so lange an den Boden gehefteten Blick zu erheben und frei um uns zu schauen, empfinden wir, daß 40 Millionen Menschen im Herzschilde Europas eine Weltmacht sein müssen und sind, so wie sie es wollen. Und sie wollen es, sie suchen nur nach den Organen, es zu bethätigen. Der hohe Bund ergreife die erhabensten Aufgaben, die je Staatsmännern zu Theil geworden.

Er wird fragen: »wer weiß, ob wir noch heut oder morgen bestehen.« Aber Deutschland wird bestehen; und daß er die Aufgabe, die sich ihm aufdringt, ergreife, ist nicht bloß Pflicht, sondern das sicherste Mittel, den so lange und so gerecht entbehrten Dank der Nation zu erwerben. Und wenn der Sturm der Verhältnisse statt seiner andere Centralorgane schüfe, immer würden sie des eignigen Deutschlands sein, immer in die Erbschaft eintreten, die er hinterlassen.

Frankfurt, den 10. April 1848.

III.

Notiz, die Verhandlungen über die Begründung einer Central-executivgewalt betreffend.

Frankfurt, den 17. April 1848.

Bei der Wichtigkeit der durch den Antrag vom 12. April angeregten Verhandlungen scheint es der Mühe werth, die Hauptpunkte derselben, soweit sie mir bekannt sind, aufzuzeichnen; ich beginne heute damit, wo die Frage eine entschiedene Wendung genommen hat.

Das Collegium der XVII. war bereits durch die schleswig-holsteinischen Fragen in einer gewissen Spannung mit der Bundesversammlung, einer Spannung, welche mir im Interesse der Sache selbst, die ich angeregt, eine desto größere Zurückhaltung zur Pflicht machte.

Nachdem ich in unserer Sitzung vom 12. April meinen Antrag verlesen, erlaubte ich mir zur Erläuterung einige Punkte beizufügen: ad 1. Die Volksbewaffnung betreffend, verwahrte ich mich gegen die Mißdeutung, als wünschte ich dieselbe im Gegensatz gegen die vorhandene militairische Organisation; aber nur das preussische System der allgemeinen Wehrpflicht und der Landwehr enthalte die Principien, in welchen der im Geist des Volkes erwachte Drang nach Volksbewaffnung seine Befriedigung finden kann; je schwieriger es sei, diese spontanen Bildungen von Freischaaren, Bürger-

wehren, freien Regionen u. s. w. in feste Rahmen zu fassen und dadurch nicht bloß unschädlich, sondern nutzbar zu machen, desto nothwendiger erscheine es namentlich in Betreff der kleineren Staaten, daß die Organisation einheitlich geleitet werde; dem Mangel an geübten und zuverlässigen Führern könne nur durch Vermittelung des Bundes abgeholfen werden.

ad 2. In Betreff der Seevertheidigung hätte ich mit Kundigen gesprochen, und was ich vorgetragen, sei mit deren Bestimmung entworfen; es werde am angemessensten sein, nach Bremen, Lübeck, Danzig Commissarien mit dem Auftrage zu senden, nach der generellen Instruction des hohen Bundes im Einvernehmen mit den Regierungen der Küstenstaaten das Einzelne zu veranstellen, und das auf Kosten sämtlicher Bundesstaaten, auf die der Betrag sodann matricularmäßig zu vertheilen sei.

ad 3. In Betreff der auswärtigen Verhältnisse komme es insonderheit darauf an, daß der Bund von seinem activen Gesandtschaftsrechte Gebrauch mache, und damit positiv in die Gesamtheit der europäischen Verhältnisse als Gesamtmacht eintrete u. s. w.

Ueber die Art der Ausführung dieser drei Functionen seien keine ausdrücklichen Vorschläge beigefügt; aber mein Wunsch sei es, daß der Bund, wie ihm unzweifelhaft zustehet, als Regierungsgewalt Deutschlands, als Gesamtheit und Einheit verfare und zwar so, daß er nicht etwa einzelne Staaten beauftrage, sondern ihm verantwortliche Capacitäten mit der Führung der bezeichneten Geschäftszweige betraue.

Der Antrag wurde mit Theilnahme vernommen und von mehreren der Anwesenden, namentlich von Hrn. v. Schmerling lebhaft unterstützt. Die Verhandlung wurde durch eine Einladung der XVII. in die Bundesversammlung unterbrochen, wo eine neue äußerst lebhaft Discussion über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten zu einem im Interesse der Herzogthümer bedeutenden Resultate führte.

Zu besonderer Sitzung wieder vereint, nahmen die XVII. die

begonnene Verhandlung wieder auf und vereinigten sich in dem Beschlusse, bei hoher Bundesversammlung den Antrag zu stellen:

- 1) Es möge von hoher Bundesversammlung dafür gesorgt werden, daß, so weit es nicht bereits geschehen, sofort in allen deutschen Landen eine allgemeine Volksbewaffnung eingeführt werde.
- 2) Hohe Bundesversammlung möge, so weit es die Umstände gestatten, das Geeignete vorbereiten, damit auch zur See der bewaffnete Schutz Deutschlands nicht fehle.
- 3) Hohe Bundesversammlung möge die unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands erforderlichen Einrichtungen alsbald in Erwägung nehmen.

Nachdem die Sache auf diese Weise eingeleitet worden, habe ich in den nächsten Tagen Gelegenheit genommen, sowohl mit einzelnen Bundestagsgesandten, als mit Mitgliedern des Funfziger-ausschusses zu verhandeln. Die Nachricht von dem traurigen Geschechte von Bau, welche am 13. April hierher kam, so wie die schon nicht mehr zweifelhafte Insurrection in Baden, die zu bekämpfen General v. Sager n beauftragt worden, dienten gar sehr, von der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu überzeugen. Namentlich von Interesse waren die Besprechungen, die ich am 16. Abends im Englischen Hofe mit Wippermann und Kanzler v. Wächter, Mitgliedern des Funfzigerausschusses, hatte; ich erfuhr von ihnen, daß bereits am Vormittage in einer Commissionsitzung von diesen Dingen die Rede gewesen, namentlich auch die Idee, einen »Reichsverweser« zu wählen, zur Sprache gekommen sei. Wir verständigten uns darüber, daß die Funfzig und die Siebzehn, wenn irgend möglich, mit der Bundesversammlung gemeinsam dahin wirken müßten, daß die einheitliche Executivgewalt zu Stande gebracht werde.

Uns alle heu ruhigte die Verzögerung dieser Angelegenheit in der Bundesversammlung. Ich schrieb in meinem Bericht nach Nendsburg: »Das rasche Heranschwellen allseitiger Gefahr beginnt hier bereits die Gemüther zu beunruhigen; . . . es muß eine strafere Centralität geschaffen werden, ehe die Nothwendigkeit sie erzwingt und in einer Form bringt, deren Rechtfertigung nur der Erfolg wäre; . . . es muß das künftige Reichsregiment gleichsam anticipirt werden; wir haben nicht mehr Zeit zu warten, bis die constituirende Versammlung uns dergleichen gründet.«

Vor der heutigen Sitzung der XVII. (Montag, den 17. April) hatte ich Gelegenheit, über die italienisch-österreichischen Verhältnisse Genaueres zu erfahren; Mittheilungen aus Belgien unterrichteten mich über die bedenklichen Regungen bei den Blamingen. Zu den üblen Nachrichten aus Baden waren über Nacht nicht minder bedrohliche aus dem Lahnthale bei der preussischen Gesandtschaft eingelaufen.

Ich hielt es für angemessen, in der Sitzung sofort unsere Anträge vom 12ten zur Sprache zu bringen: Wir hätten auf dieselbe noch keine Gegenausserung der hohen Bundesversammlung, und doch zeige sich mit jedem Tage dringender die Nothwendigkeit, im Sinne jener Vorschläge vorzugehen. Ich erwähnte der Blämischen Bewegungen: freilich habe es etwas Erhebendes, wenn sich in den avulsis imperii die alten Reichsgenossen wieder zu uns wendeten, die verlorne Kinder des Vaterlandes sich wieder zusammefänden; aber Bewegungen Vorschub zu leisten, die den bewunderungswürdig feststehenden Thron Belgiens gefährden könnten, würde im höchsten Maße tadelnswerth sein, ja wir hätten um so mehr die Pflicht, die Krone Belgien in jeder Weise zu stützen, als möglicher Weise Belgien allernächst, wie man dort ernstlich besorgt, von Frankreich aus gefährdet werden könne, und Belgiens Widerstandskraft sei bedingt durch den Rückhalt, den es in Deutschland habe. Nicht minder dringend zeige sich die Nothwendigkeit, Deutschlands auswärtige Verhältnisse zu organisiren, an unserer Südostgränze. Italien sei in Waffen gegen Oesterreich, je länger der Kampf währe, desto weiter

werde sich die nationale Bewegung ins wälsche Tyrol hinauf und nach dem Eitorale hin verbreiten; Oesterreich habe erklärt, nur mit den Waffen in der Hand unterhandeln zu wollen; es handle sich dort um deutsches Bundesland, es werde beiden Seiten wahrscheinlich eine liberale Vermittlung Seitens der deutschen Gesamtheit erwünscht sein, um so mehr, da die der fremden Großmächte oder einer derselben beiden im hohen Maße bedenklich sein dürfte. Diese und ähnliche Verhältnisse forderten dringend, daß der hohe Bund die auswärtigen Verhältnisse in die Hand nehme, oder, wie es wohl das rathlichste sei, Einer Hand unter Verantwortlichkeit gegen den Bund selbst anvertraue. Auch für die militairischen Verhältnisse schein solche Vereinigung aller Kräfte und Befugnisse in der Hand eines Oberfeldherrn des Bundes nothwendig. Schon sei das X. und VIII. Armeecorps des Bundes engagirt, schon Preußen an der Eider, Oesterreicher an der Italischen Gränze im Kampf; man könne gar nicht absehen, ob nicht an der Lahn, in Thüringen noch weitere Verwendungen nöthig würden, ob nicht gleichzeitig unsere Ost- und Westgränzen in Gefahr kämen; und es sei nur zu gewiß, daß sich die dritt-größte der deutschen Armeen, von anderen kleineren Staaten zu schweigen, keineswegs in der Kriegsrüstigkeit befände, die so großen Gefahren gegenüber wünschenswerth sei. Die Vorgänge in den Herzogthümern hätten schon den Beweis geliefert, wie nachtheilig der Mangel an einheitlichem Befehl würde u. s. w. In Betreff der Seerüstungen sei früher bereits das Wesentliche bemerkt, und könne darauf verwiesen werden; es dürfe hinzugefügt werden, daß auch da eine einheitliche Leitung unumgänglich nothwendig sei, und daß bei dem großen Mangel an seefundigen Personen es doppelt erwünscht sei, auf einen Prinzen des preußischen Hauses hinweisen zu können, der sich diesen Dingen schon seit lange hingegeben habe.

Darauf Schmerling: er müsse zu dem Gesagten seine vollste Beistimmung aussprechen, auch in so weit es die besonderen Verhältnisse Oesterreichs angehe; er könne die Aeußerungen über

den unheilvollen italienischen Krieg nur billigen, und es werde eine Vermittlung in dem beregten Sinne von Oesterreich seiner Ansicht nach entschieden willkommen geheißen werden. Er glaube aber, daß der gewünschte Zweck in anderer Form besser erreicht werde; er schlage vor, daß die Bundesversammlung nach ihrer bisherigen Geschäftsordnung aus ihrer Mitte eine Commission, etwa von drei Personen, ernenne, welche mit ausgedehnten Vollmachten die executive Gewalt übernehme. Allerdings mache man damit eine gewisse Anticipation der künftigen Reichsregierung; aber es sei die Zeit, sich zu außerordentlichen Maßregeln zu entschließen.

Gagern stimmte den geäußerten Ansichten im Allgemeinen bei; vor allem erscheine ihm die Ernennung eines Oberbefehlshabers von der höchsten Wichtigkeit; es sei eine höchst peinliche Lage, die Gefahr des Vaterlandes im Innern und von Außen her furchtbar wachsen zu sehen, und keinerlei energische oder concentrische Gründung zu haben, um derselben zu begegnen; es sei hier recht eigentlich Gefahr im Verzuge.

Nachdem sich noch Andere meist in gleichem Sinne ausgesprochen und namentlich erörtert hatten, ob die Gründung eines Reichsgeneralstabes, eines Kriegsministeriums des Bundes ausreichend sei u. s. w., schlug Gagern vor, er wolle sich als Vorsitzender über die durch die Beschlüsse vom 12. April angeregten Dinge und deren Beschleunigung persönlich mit dem Präsidialgesandten in Vernehmen setzen.

Nach einer halben Stunde kam Gagern in hohem Maße aufgeregt zurück. Graf Colloredo habe ihn mit steigendem Mißbehagen angehört, habe geäußert, man scheine die Bundesversammlung zu Entschließungen drängen zu wollen, die sie nicht verantworten könne, nöthigenfalls werde sich Oesterreich und Preußen selber zu helfen wissen, möge dann das übrige Deutschland für sich sorgen u. s. w. Diese Entgegnungen machten um so peinlicheren Eindruck, da man bereits von vertraulichen Mittheilungen zu wissen glaubte,

in denen die deutschen Höfe vor den Fünfzig und ihren Uebergreifen gewarnt wären, einer Warnung, die offenbar am wenigsten geeignet sein würde, den gefährlichen Charakter dieser improvisirten Machtbefugniß zu mindern. Nicht ohne Aufregung wurde weiter unterhandelt, wurden die verschiedenen Möglichkeiten erwogen, ward bedauert, daß Baiern in unserer Mitte nicht vertreten sei (denn nach der kurzen Anwesenheit Kirchgessner's fehlt die bairische Stimme). Endlich sandte der Präsidialgesandte die Botschaft, die XVII. möchten eine Commission ernennen, um die beregten Fragen in einer Abendsitzung mit dem Revisionsauschuß der Bundesversammlung zu verhandeln.

Parenthetisch will ich bemerken, daß wir heute, endlich zur Tagesordnung gelangend, in dem Verfassungsentwurf den Artikel vom Reichsoberhaupt zu berathen hatten, und daß sich für die Erblichkeit desselben acht Stimmen, gegen dieselbe fünf entschieden *), die sechszehnte Stimme (Jaup und Petri) sich theilte; die Vertrauensmänner für Baiern, Churhessen und Baden waren nicht anwesend.

Den 18ten April.

Die gestrige Abendsitzung der beiderseitigen Commissionen **) hatte einen sehr merkwürdigen Verlauf. Graf Colloredo eröffnete die Verhandlung mit einigen Worten über den Anlaß und Zweck dieser »Zusammentretung«, wie er sich ausdrückte: Die hohe Bundesversammlung wünsche durch ihre Revisionscommission die Ansich-

*) Ich bedaure, nicht notirt zu haben, wie in dieser Frage von den einzelnen Mitgliedern gestimmt worden; ich glaube mich mit Bestimmtheit zu erinnern, daß sich die österreichische Stimme für das erbliche Kaiserthum entschied.

**) Von Seiten der Bundesversammlung waren anwesend Graf Colloredo, Graf Dönhof, Willich, von Lepell, von Kostiz, Smidt, Welcker; von Seiten der XVII. von Schmerling, Dahlmann, von Gager, Todt, Droyfen.

ten des Vertrauensrathes entgegenzunehmen. Gager n ersuchte darauf Schmerling, seinen Antrag auf eine Executivcommission darzulegen. Schmerling that dies in feiner und erschöpfender Darstellung, namentlich darlegend, daß die Regierungen selbst diese Wendung willkommen heißen müßten, indem nur so ein weiteres Zusammenbrechen der inneren Verhältnisse gehemmt, und eine Mitthätigkeit der Regierungen in diesen schwersten Zeiten des Vaterlandes gerettet werden könne; er exemplificirte sodann die Ernennung eines Oberfeldherrn des Bundes durch diese Commission, die Wirksamkeit, die er zu üben, die Art, wie er sie einzurichten haben werde. Darauf erwiederte Graf Dönhof: er wolle sich zunächst nur über die formelle Seite des Antrags äußern, er finde nicht, daß die Bundesversammlung zu solchen Entschliessungen competent sei; sie könne nicht mehr Gewalt übertragen, als sie selber habe; es sei ja nur noch wenige Wochen hin bis zur Gründung der neuen Verfassung; warum solle man für diese kurze Zeit eine so unerhörte Neuerung machen, die nur dazu dienen würde, die allgemeine Verwirrung rechtlicher Begriffe zu steigern, er erkenne übrigens gern an, daß namentlich eine solche einheitliche Leitung der militairischen Kräfte des Bundes höchst wünschenswerth sei u. s. w. Von Lepell: er könne sich damit nicht völlig einverstanden erklären; es sei nothwendig, daß etwas geschehe, und er halte es für äußerst wünschenswerth, daß der Bundestag es sei, der das durch die Zeitverhältnisse Gebotene vollziehe. In demselben Sinne äußerte sich von Nostitz: er legte in meisterhafter Klarheit und Einfachheit die Situation dar; er mit Recht dürste sagen, daß die Nation von der Bundesversammlung in diesen kritischen Momenten eine bestimmte und bestimmende Politik erwarten dürfe; er fügte zu den geltend gemachten Gründen den weiteren hinzu, daß doch jemand da sein müsse, die constituirende Versammlung zu eröffnen, ihr als Repräsentant der deutschen Regierungsgewalten gegenüber zu stehen. Darauf replicirte Todt mehr breit als fein, aber mit einigen treffenden Derbheiten: das Bedürfniß einer solchen Lei-

tung für das Parlament schein ihm zwar nicht vorhanden, aber was ihn entscheidend schein, sei, daß wenn die Bundesversammlung nicht nach unseren Anträgen verfare, man riskire, daß sich das Bedürfniß einer einheitlich leitenden Gewalt auf andere, unheilbare Weise befriedige. Graf Colloredo: das, was gefordert werde, sei gleichsam an jeden einzelnen Bundestagsgesandten gerichtet; seine Verantwortlichkeit sei von der Art, daß er sich nicht bemüßigt sehen könne, etwas so Weitgreifendes an seinem Theile zu fördern; man betrete damit einen Weg, der immer weiter führen werde.

Die peinliche Wendung, die so der Versammlung gegeben war, veranlaßte, daß sich aus einer momentanen Pause da und dort nachbarliche Gespräche bildeten, in denen man sich unter anderen über die zur Oberfeldherrnschaft geeigneten Persönlichkeiten unterhielt.

Es wäre schön gewesen, wenn Dahlmann das Wort hätte ergreifen wollen; wie gewaltig hatte sein strenger Vortrag über die Schleswig-Holsteinische Frage in der gemeinsamen Sitzung am 12ten April gewirkt. Schmerling drängte mich, da er schwieg, zu sprechen. Ich erbat mir das Wort: ich hätte über die Nothwendigkeit dessen, was von uns beantragt worden, kaum weiter zu sprechen nöthig; sei es doch als breche aller Orten die Flamme aus dem Boden herauf; schon Nachts pochten erschreckende Nachrichten an den Thüren, dazu Krieg im Norden, Krieg an der Südostgränze, Bürgerkrieg im Südwesten u. s. w.; man sage, in wenigen Wochen werde eine Verfassung und mit ihr eine definitive Gewalt gegründet sein; aber wo sei die Sicherheit, daß dies so schnell geschehe? und selbst wenn es in wenigen Wochen gelänge, so hätten eben diese noch unberechenbare Gefahren; ja damit überhaupt eine solche Gründung verfassungsmäßig zu machen möglich bleibe, müsse man jetzt die executive Macht der Einheit aufrecht erhalten, sie reformirend den Thatsachen einen Schritt vorausbleiben; um die Realität des Bundestages und damit den unberechenbaren Gewinn staats- und völkerrechtlich gesicherter Verhältnisse zu erhalten, müsse man seine latente Kraft gestalten und thätig werden lassen. Sonst werde mit

dem Eintreten der constituirenden Versammlung eine Art von Interregnum beginnen; wolle man dann diese Versammlung dazu zwingen, die vollziehende Gewalt in ihre Hände zu nehmen? das heiße die Nation geslistentlich in die unglücklichste Revolution stoßen. Wie unendlichen Werth müsse es haben, die Continuität eines rechtlichen Zusammenhanges zu retten, und die Zeit, so lange sie noch sei, zu benutzen, Einrichtungen sich machen und erstarken zu lassen, die das künftige Reichsoberhaupt sofort acceptiren könne. Von der Marine wolle ich nicht weiter sprechen und auch der Oberfeldherr scheine Allen höchst nothwendig; ich wolle nur auf die diplomatischen Verhältnisse die Aufmerksamkeit lenken. Ich erwähnte namentlich die Gefahren der Tyrolergränze und die dort wünschenswerthe Vermittelung, erwähnte Belgien, erörterte die Möglichkeit einer schwedischen Allianz. Allerdings sei etwas verlangt, was über die Instructionen hinausreichen möge; aber es sei dies eine Zeit, wo gar mancher auf eigene Verantwortlichkeit zu handeln sich gezwungen, wo mancher aus gar anderen Lebensberufen sich in die staatlichen Geschäfte hineingerissen sehe, und das eben, weil helfen müsse wer könne, und befugt sei wer zu rathen wisse und zu helfen vermöge. Es lag in der Stimmung der Anwesenden, daß ich schließen konnte mit dem Bilde von mehr als einer gähnenden Kluft, die sich nicht schließen werde, wenn man nicht im vollsten Ehrenschnuck der Treue und der Vaterlandsliebe sich hineinzustürzen entschlossen sei. — Es machte einen sehr charakteristischen Eindruck, daß gleich darauf Graf Colloredo mit der Nüchternheit völlig gewandter Routine erklärte: was Oesterreich anlange, so werde es schon selbst mit der italienischen Insurrection fertig zu werden wissen. Ich forderte, während Graf Dönhof gegen meine allerdings weitfliegenden Vorstellungen mit der Ueberlegenheit eines des Geschäftes und der praktischen Schwierigkeiten Kundigen sprach, zuflüsternd den neben mir sitzenden Schmerling auf, seinem Gesandten in Betreff Oesterreichs zu antworten. Er übernahm es, kam aber in seiner breit angelegten Rede dahin, darzulegen, daß man zum Schutz der consti-

tuirenden Versammlung und ihrer Berathungen Sicherung schaffen müsse. Wie lebhaft ergriff das Graf Colloredo und auch Graf Dönhof, als ob es sich nur darum handele.

Die Verhandlung hatte sich sichtlich in eine Sackgasse verlaufen; es war klar, daß die Gesandten der beiden Großstaaten sich in völligem Gegensatz gegen unsere Anträge befanden. Wie da hinauskommen? An meiner anderen Seite saß Welcker; er hatte bis dahin sich an der Debatte nicht betheiliget: jetzt kam er nach einer höchst lebhaften und eindringlichen Motivirung zu einem Vorschlage der allerbedenklichsten Art: er wünsche eine solche hoch befugte Executivcommission; aber da die Bundesversammlung sich nicht in der Lage finden werde, sie aus ihrer Mitte zu ernennen, möge man die Regierungen auffordern, es zu thun, und zwar in der Art, daß Oesterreich, Preußen und Baiern, im Einvernehmen oder Auftrag der übrigen Regierungen, je einen Bevollmächtigten ernennen und hersenden, und daß dies Triumvirat eine provisorische oberste Reichsgewalt bilde, bis die neue Verfassung das künftige Reichsregiment geordnet haben werde. — Mit Lebhaftigkeit wurde dieser Antrag aufgefaßt; er lenkte ja die Verantwortlichkeit von den Mitgliedern des Bundestages hinweg, er machte Frist zu Verhandlungen nothwendig; er vertünchte die Gegenstellung von Oesterreich und Preußen und konnte Baiern wenigstens einigermaßen befriedigen. —

Ich übersehe noch nicht die ganze Consequenz dieser Wendung; aber so viel scheint mir klar, daß mit dieser Art, die Collectivmacht zu bilden, das Princip der Einheit aufgegeben ist; gerade das schien mir wesentlich, daß die Bundesversammlung, als die Einheit der deutschen Souverainitäten, die executive Befugniß für die Gesamtheit übernehme oder wenigstens schaffe; jene Dreieit zerreißt Deutschland, und zwar auf die nachtheiligste Weise, indem sie die kleineren Staaten völlig unnatürlich an Baiern anschließt. An solche Dreieit darf Preußen zum Heil Deutschlands seine Sonderexistenz nicht aufgeben, sie ist nur die übelste Abbreviatur des Bundestages; man wird

Deutschland nur um so mehr zerreißen, als man die Zahl seiner Bruchtheile mindert. — Ich sehe nicht ein, was der Bundestag neben einem solchen Triumvirat bedeuten kann; man könnte ihn höchstens in seinen 70 Stimmen repräsentirt zu einem Senat umformen, eine Wendung, die man der nationalen Repräsentation gegenüber durchzusetzen wohl kaum den Muth haben wird, — es wäre auch wundersam, vier Preußen und eben so viele Würtemberger u. s. w. in den Abstimmungen zu haben. — Das ganze Geheimniß der deutschen Frage besteht darin, eine auf sich selbst ruhende Competenz der Einheitlichkeit zu schaffen. Das Triumvirat führt zum Gegentheil zurück — aber auf Kosten Preußens und der kleineren Staaten. Und doch, es liegt so viel daran, eine geltende Macht, eine frische Repräsentation der Regierungen dem Parlament gegenüber zu haben, so viel daran, für die Zeit wachsender Gefahren nicht auf die ohnmächtige Schwerfälligkeit des Bundes oder die Möglichkeit österreicher Leitung reducirt zu werden, daß ich jene Bedenken für minder wichtig zu halten geneigt bin. Aber hier zum ersten Male zeigt sich, wie übel wir daran sind, die ideale Einheit der Nation und die praktische Zerrissenheit des Vaterlandes an denselben Karren spannen zu sollen.

Es fehlt der Bundesversammlung ein fühner Vormann; Schmerling würde es sein; er hat sichtlich die Leidenschaft der großen Geschäfte. Aber —

Frankfurt, Sonnabend den 22ten April.

Seit dem Dienstag hat unsere Centralgewaltsangelegenheit weitere Stadien durchlaufen; es ist mir erwünscht, daß ich wieder in den Sitzungen Notate genommen habe. Sie werden mir einst ein charakteristisches Bild geben.

Am Dienstag (18ten April) kam in der Sitzung der XVII. zunächst eine Mittheilung zur Sprache, das große Kriegsdampfschiff

United States betreffend, welches Ende des Monates in Liverpool eintreffen werde; wird unsere dringende Bitte an den Bund, es anzukaufen, Folge haben?

Dem Bericht sodann über die gestrige Conferenz und der von Schmerling gemachten Vorlage eines Entwurfes für unsere Beschlussfassung folgte eine in mehrfacher Hinsicht merkwürdige Discussion. Zunächst theilte Todt den Wunsch des Funfzigerausschusses mit, unsere Beschlussnahme zu verzögern, bis die Sache bei ihnen verhandelt sei, es sei gestern dort ein Antrag in dieser Richtung gestellt und eine Commission niedergesetzt, die heut ihr Gutachten abgeben werde; er müsse diesen Wunsch um so mehr unterstützen, da die öffentliche Meinung unzweifelhaft mehr für jene populäre Versammlung als für den Bundestag und uns sei. Steyer fand überall die Gründung einer derartigen provisorischen Gewalt bedenklich, sie würde Hoffnungen erregen, die sich nimmermehr erfüllen könnten; die nächst wichtigsten Functionen für die auswärtigen Verhältnisse und für das Heerwesen könne die Bundesversammlung als solche übernehmen. Langen hob hervor, daß eine vierte Gewalt zu den schon hier vorhandenen dreien nur noch mehr Schwerfälligkeit und Verwirrung schaffen würde. Andere fanden es bedenklich, so unlimitirte Befugnisse einer Gewalt zu übergeben, durch welche eigentlich alle Staaten bis auf drei oder gar zwei im Voraus mediatisirt würden; Andere fanden den möglichen Gewinn in gar keinem Verhältniß zu den Opfern, die von den einzelnen Regierungen gefordert würden. Es war völlig klar, daß der Welcker'sche Antrag die ganze Frage auf ein anderes Feld gerückt habe. Man kam doch wieder auf die Form einer Commission des Bundestages zurück, welche die der Bundesversammlung nach dem Bundesrecht zustehenden executiven Befugnisse in sich concentriren und der 1) die Leitung des Heerwesens zur Vertheidigung der Gränzen, so wie die Bekämpfung der Anarchie im Innern, so wie 2) die Leitung der auswärtigen Verhältnisse zustehen solle; man fügte hinzu, daß nöthigenfalls dieser Commission erweiterte Vollmachten gegeben werden könnten, daß

die Bundesversammlung dieselbe zu bestellen habe. In Betreff der Seeverteidigung hatte man bereits einen Antrag an die Bundesversammlung beschlossen, dieselbe wolle eine Commission niedersetzen zur Ausarbeitung einer Vorlage an das Parlament, die deutsche Marine betreffend! Man beauftragte einige Mitglieder, vorerst mit einer Commission der Fünfziger zusammenzutreten, man beschloß mit der definitiven Beschlußfassung zu warten, bis die Beschlüsse des Fünfziger Ausschusses vorlägen.

Die Verhandlungen des Fünfziger Ausschusses an demselben Tage sind mir bisher nur aus den Erzählungen einzelner Mitglieder bekannt*). Allerdings hat dort eine Minorität (v. Wächter u. s. w.) sich der Richtung des Welcker'schen Antrages anschließen wollen, aber das Mißtrauen, die Rücksicht auf die »Stimme des Volkes«, das unselige Bedürfnis, alles wenigstens dem Scheine nach selbst und allein thun zu müssen, hat dort endlich zu Beschlüssen**)

*) Sie sind jetzt vollständig in dem stenographischen Bericht der Verhandlungen zu lesen.

**) In der Comiteßung des Fünfziger Ausschusses vom 19ten April 1848 wurde der folgende Commissionsantrag gestellt:

die hohe Bundesversammlung wolle die Ausübung der ihr gemäß der Bundesverfassung zukommenden executiven Gewalt alsobald an drei geeignete Personen übertragen, welche bis zur Errichtung einer definitiven Bundes-Executivgewalt die oberste Leitung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten, insbesondere die des Heerwesens sowohl zur Sicherung der Integrität Deutschlands nach Außen, als auch nöthigenfalls gegen Anarchie im Innern zu übernehmen und unmittelbare diplomatische Verbindungen im Namen des deutschen Bundes mit den auswärtigen Staaten eintreten zu lassen hätte.

Der Fünfziger Ausschuß beschloß, daß auf diesen Antrag, so wie auf mehrfache Modificationen desselben nicht einzugehen sei, dagegen

- 1) den Bund aufzufordern, sofort zu der in der Bundesverfassung vorgesehenen Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu schreiten und diesem die oberste Leitung aller Militairangelegenheiten zu übertragen;
- 2) den Bund aufzufordern, dem Ausschusse schleunigst Mittheilung darüber zu machen, was bereits zur Abwehr der von Außen drohenden Gefahren, zur Concentrirung und Bereithaltung aller nothwendigen Verteidigungsmittel geschehen sei;
- 3) eine Commission zu erwählen, welche sich sofort mit dem Bundestage darüber vernehme: wie die Herstellung eines gemeinsamen Mittelpunktes für

geführt, welche, wenn sie angenommen würden, den Bundestag aus der Abhängigkeit von den Regierungen zu der gewiß nicht heilsameren von einer Versammlung degradirt haben würden, deren unsichere Competenz sie keiner reellen Gefahr gewachsen sein läßt.

Welcker überbrachte den Siebenzehnern in der Nachmittags-sitzung des 19ten Aprils die Beschlüsse der Funfzig, indem er uns zugleich einlud, eine Conferenz des Revisionsausschusses mit einer Deputation der Funfzig zu beschicken. Er benutzte die Gelegenheit, noch einmal sein Project darzulegen und dasselbe dringend zu empfehlen; es sei nur zu gewiß, daß die Bundesversammlung nicht einen Bundesfeldherrn ohne besondere Instructionen ernennen werde, da sich Oesterreich und Preußen entschieden in diesem Sinne erklärt hätten; es seien nun einmal beide Staaten in solcher Lage, daß Oesterreich fürchte, was Preußen hoffe; es gebe keine andere Lösung der wirklich vorhandenen Schwierigkeiten als seinen Vorschlag anzunehmen.

Inzwischen hat die Bundesversammlung Beschlüsse gefaßt, die ich entweder nicht durchschaue oder für Lückenbüßer halten muß. In Betreff unserer ursprünglichen drei Vorschläge hat sie beschlossen: 1) die Volksbewaffnung betreffend, den Regierungen diese Maßregel dringend zu empfehlen, und sie aufzufordern hierher mitzutheilen, welche Anordnungen in dieser Hinsicht getroffen seien; 2) in Betreff der Seerüstung diese Frage an eine besondere Commission zu verweisen; 3) in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten sich vorzubehalten, den Umständen gemäß zu handeln, und falls es nützlich scheinen würde, besondere Missionen zu veranstalten. Die Verhandlung über den Welcker'schen Antrag geht ihren Gang nebenbei weiter! Allerdings that man auch einen leisen diplomatischen Schritt, indem Herr Banks nach London gesandt wurde mit dem Auftrag: »daselbst die

gemeinsame und einheitlich diplomatische Verhandlungen mit dem Auslande förder samst zu bewirken sei, und über das Resultat dieser Besprechung auf das Allersehleunigste dem Ausschusse Bericht erstatten.«

Interessen des Bundes bezüglich der durch die Versuche Dänemarks, Schleswig gewaltsam zu incorporiren, dem deutschen Handel und der deutschen Schifffahrt drohenden Gefahren zu wahren«; nebenbei sollte er sich auch nach kaufbaren Kriegsschiffen umsehen.

Mit Spannung sah ich der Conferenz der »drei Gewalten« entgegen, welche am Donnerstag Abend stattfinden sollte. Es waren seltsamer Weise von den Fünfzigern wie von den Siebenzehn überwiegend Mitglieder der betreffenden Minorität gewählt worden!

Nachdem der Präsidialgesandte Anlaß und Zweck dieser »Zusammentretung« angegeben und damit die Verhandlung eröffnet hatte, nahm Welcker das Wort; ich will seine Rede aufbewahren, weil es einst interessant sein wird, sich zu erinnern, wie in diesen Tagen an dieser Stelle von einem Bundestagsgesandten gesprochen worden. »Der Anlaß zu der heutigen Berathung ist allerdings von den Männern des Vertrauens ausgegangen; aber der tiefere Grund für dieselbe ist die unendliche Gefahr des Vaterlandes und der entsetzliche Mangel an innerem Zusammenhang in allen unseren staatlichen Institutionen. Nie war das Vaterland so arg bis in die letzten Grundelemente aufgewühlt, nie alles so in Frage gestellt, nie so heillose Gefahren an allen Gränzen, wie jetzt dies alles zu gleicher Zeit. Diese ungeheuern Gefahren so furchtbar entsetzlicher Art finden die Nation in einem Zustand vollenderter Einheitlosigkeit, wie sie nie zuvor gewesen. In der Zeit der französischen Revolution hatte sie doch noch die großen Formen des tausendjährigen Kaiserthums und den Glauben an ihren Kaiser; und dann, als es galt, sich von der empörenden Fremdherrschaft zu befreien, waren doch die drei Monarchen mit ihrer unermesslichen Popularität da, Alexander, wie ein Retter Europas, wie ein Liebling Gottes, Friedrich Wilhelm, bekannt und verehrt als ein redlicher Mann, und die besten Männer in seinem Rath, Kaiser Franz, umstrahlt von dem Glanz der alten Kaiserkrone, populär durch seinen hartnäckigen Widerstand gegen Bonaparte. Man glaubte, an diesen Monarchen, und ihre Befreundung war Ersatz für die politische Einheit. Und selbst in den Zeiten des

Bundes, auch in den letzten noch, galten doch Oesterreich und Preußen für mächtig genug, Deutschland zu stützen und zu schirmen, und wenn auch der Bundestag verhaßt war, so glaubte man doch, daß er wenigstens in militärischer Beziehung ein Halt für Deutschland sei. Nun ist das alles hinweg, kein Fürst mehr, der auch nur einen Schimmer von wahrer Popularität besäße, nirgend ein Feldherr oder Staatsmann, auf den sich der Blick der Nation wendete, an dem Bunde nichts mehr, wie selbst die deutsche Zeitung verkündigt. Und dazu Bürgerkrieg im Süden, der Aufruhr überall bereit loszubrechen, Krieg an den Gränzen schon entbrannt, ärgerer nahe daran loszubrechen. Wem bei dieser Lage nicht angst und bange wird, der hat kein Herz für das Vaterland; wer da hofft, daß der alte Bund noch helfen könne, der treibt Schindluder mit der Existenz Deutschlands. (sic!) Mit diesen Gedanken hat sich gewiß schon jeder deutsche Mann beschäftigt; ich auch. Ich habe namentlich darauf gedrungen, einen Bundesfeldherrn zu ernennen, damit man wenigstens die militärischen Kräfte meines unglücklichen Vaterlandes beieinanderhalte. Man entgegnete mir: dem Auslande werde das als eine Kriegsdrohung erscheinen und die Gefahr erst wecken, die wir vermeiden wollen. So zog ich meinen Antrag zurück; aber nun noch mehr plagt mich Sorge. Da kam uns denn der trefflich motivirte Antrag der Siebzehn; er erfaßte die Dinge, auf welche es ankam; und ich denke, jeder Patriot unter uns muß ihn mit Freuden begrüßt haben, schon darum, weil er uns Gelegenheit giebt, zu zeigen, daß wir nicht mehr der alte verrottete Bundestag sind, der nur quälen und verschleppen, nur hemmen und kriechen konnte. Aber die Form, welche uns von den Siebzehn vorgeschlagen wurde, war offenbar nicht klar gedacht. Sie proponirten eine »Commission des Bundes«, dieses Bundes, der wahrhaftigen Gott mit Recht alles Vertrauen des Volkes verscherzt und noch lange nicht genug gethan hat, um es wieder zu erwerben; wie sollen wir, die wir eine Leiche genannt sind, stark genug erscheinen, eine so große Verantwortlichkeit auf uns zu nehmen? Sodann aber mußten wir es auch be-

denklich finden, in einer Zeit, wo alles schwankt und wankt, die einzige Basis unserer Befugniß zu verlassen und uns in die Luft zu stellen. Wir würden, da uns ganz bestimmte Aufträge hierher gestellt haben, Rebellen sein und unsere Regierungen förmlich ver-rathen, wenn wir hier auf eigene Hand Entschließungen fassen wollten; wir würden obenein von ihnen sogleich desavouirt werden, denn außerhalb unseres Auftrages sind wir nur Einzelne und um nichts besser als jeder Schornsteinfeger. Aber das Bedürfniß einer solchen einheitlichen Gründung ist darum nicht weniger vorhanden und muß befriedigt werden. Unsere Meinung ist nun, eine Centralgewalt zu schaffen, eingesetzt durch diejenigen Gewalten, die einmal doch das Geld und die Soldaten haben, gestützt durch die beiden Collegien, die das Vertrauen und die öffentliche Meinung repräsentiren. Eine solche Centralgewalt würde vor Allem in ihrem Ursprunge rein und ohne alle Usurpation sein, würde ihre Quelle da haben, wo wirklich die Quellen der Macht sind, wo man Geld und Soldaten hat, würde ihren Halt in der Popularität Derer haben, mit deren Gutheißung sie gegründet werden soll. Es wäre das Ganze nur eine Anticipation dessen, was man allgemein wünscht, — und ich wüßte kaum einen erheblichen Einwand zu finden, der gegen unsern Vorschlag gemacht werden könnte, wenn schon ich begreife, daß Manchem diese Aufstellung überraschend gewesen sein mag. Ich habe kein Bedenken auszusprechen, was mich dazu bewogen hat. Wachend und träumend habe ich umhergedacht: wen können wir an die Spitze stellen? Fänden wir einen solchen, wir müßten ihm als Dictator unbeschränkte Gewalt überweisen. Aber das klägliche Schicksal Deutschlands hat es so gefügt, daß kein Mann so hervorragt, wie einst der erste Habsburger; unter unsern Fürsten ist kein einziger, der sich nicht selbst nach Schutz umsehen und zufrieden sein müßte, wenn man ihn ganz vergäße. Wir sind auf die trostlose Wirklichkeit der Dinge angewiesen; und da steht nun voran die leidige Rivalität von Preußen und Oesterreich; wir können nicht aus der Stelle, wenn wir nicht beide ins Interesse ziehen. Freilich haben

sie beide — den Repräsentanten beider Höfe gegenüber sei es gesagt — Deutschland lange genug versäumt, ja mißbraucht; ich will die traurigen Geschichten von 1815 nicht wiederholen, und von dem an haben sie sich auf Kosten unserer Freiheit mit einander vertragen. Beiden allein können wir nicht die Macht über Deutschland anvertrauen, auch darum nicht, weil außer ihnen noch ein ganzes Drittel Deutschlands übrig bleibt, das fortan nicht als Anhängsel und Beilage ihrer Interessen erscheinen will. So motivirt sich das Hinzutreten eines dritten Mannes für das übrige Deutschland, der das Zünglein in der Wage halten wird; und gerade dies ist die rechte Stellung für das übrige Deutschland jenen beiden Großmächten gegenüber. — So sind meine Anträge entstanden; so lange kein besserer Vorschlag vorliegt, ist es nicht patriotisch, diesem die Zustimmung zu versagen.“

Das war die Rede Welcker's. Ihm erwiederte zunächst v. Soiron: Er müsse vorausschicken, daß im Ausschuß die Sache wider seine Ansicht entschieden sei und er könne sich daher nur referirend verhalten. Im Ausschuß sei man theils durch Abneigung gegen ein Provisorium, das nur für die Reaction gemacht zu werden scheine, theils durch Mißtrauen vor einer centralen Gewalt, der alle constitutionellen Garantien fehlten, bestimmt worden. Schon um Motive zur Wiederaufnahme der Verhandlung zu gewinnen, würde es erwünscht sein, sich nach Garantien umzuthun. Die eine würde in der Art der Ernennung liegen, so daß die Bundesversammlung und die Siebzehn vereint drei Personen, etwa nach Welcker's Kategorien, bezeichnen, über die man sich dann vertraulich mit den Fünfzigern verständigen würde, und diese drei würden dann von den Regierungen anzuerkennen und zu proclamiren sein. Eine zweite Garantie würde die sein, daß man dies Triumvirat ausdrücklich dem künftigen Parlament verantwortlich machte; eine dritte, daß man die Wirksamkeit desselben genau bestimme und nicht zu weit ausdehne; eine vierte endlich, daß dessen Dauer ausdrücklich

durch den Beschluß des Parlaments über die definitive Reichsgewalt begränzt werde.

Wippermann fügte hinzu: außer den beiden angeführten Gründen habe den Ausschuß namentlich die Besorgniß bestimmt, es möchte durch eine Gründung so außerordentlicher Art die kaum beschwichtigte Aufregung der Nation von Neuem und gefährlicher angefacht werden; die Nation wolle keine provisorische Regierung, so wenig jetzt wie in den Tagen des Vorparlaments, so wenig wie von diesem damals, jetzt vom Bunde; sie würde wie damals den demokratischen, so jetzt den reactionairen Charakter derselben fürchten. Sei auch der Antrag in der heutigen Darlegung klarer hervorgetreten, so bleibe doch namentlich die Competenz, die man beabsichtige, sehr undeutlich; und wenn Betreffs der inneren Verhältnisse auch nur die der bisherigen Bundesgewalt sei, so werde das ohne sehr ausdrückliche Garantie auf das äußerste beunruhigen; man werde fragen: wozu solche Gründung ohne besonderen Anlaß Seitens des Vorparlaments, warum so nah vor dem Zusammentritt des Parlaments.

Graf Colloredo: Beide Herren hätten von Reaction gesprochen; er müsse bekennen, daß er keinen Anlaß zu derartigen Besorgnissen entdecken könne; wer solle sie denn machen? und was könne sie wollen? denn das Alte sei gerichtet. Das sei, wie er meine, auch die Ansicht der Regierungen.

Bieder mann: In der Natur der Dinge begründet sei die Ebbe und Fluth, das Vorwärts und Rückwärts; selbst ungewollt werde sich solcher Rückschlag einstellen. Aber diese Besorgniß sei nicht das wesentliche Motiv der abweichenden Ansicht des Ausschusses, sondern die Ueberzeugung, daß das System eines Triumvirats unklar gedacht sei und in der Ausführung in demselben Maße mehr Verwirrung als Festigkeit schaffen werde. Was nach seiner Ansicht für die Rettung des Vaterlandes nothwendig, aber auch ausführbar sei, spreche der mitgetheilte Antrag der Funziger aus.

Gervinus: Es sei ein nicht gerechter Vorwurf, daß selbst seine Zeitung dem Bunde die Existenz erschwere. Schreibend und sprechend habe er dafür gewirkt, daß er zum Heile Deutschlands erhalten werde und eben darum dasjenige thue, was seine Erhaltung fordere. Aus eben diesen Gründen habe er den ihm gemachten Antrag, Bundestagsgesandter zu werden, abgelehnt; denn wir Gelehrten, sagte er, können wohl beobachten und beurtheilen, aber zum Handeln sind wir weniger geeignet, und die Leitung der großen Angelegenheiten fordert andere Befähigungen, als unsere Art des Studiums sie zu geben vermag. An sich habe er nichts gegen Welcker's Antrag, aber derselbe gefährde das Wesen des Bundes und seiner ordnungsmäßigen Vertretung; die Gründung jener vierten Gewalt müsse der Tod des Bundestages werden. Deshalb gebe er dem Vorschlage einer Executivcommission, die aus dem Schooße des Bundestages selbst hervorgehe, den Vorzug.

v. Wächter: Er müsse es aussprechen, daß sie, die anwesenden Vertreter der Fünfzig, nicht mehr freie Hand hätten; es seien Beschlüsse gefaßt, an die sie gebunden seien; wolle man zu der als nothwendig erkannten Gründung die moralische Mitwirkung des Ausschusses, dessen Stellung er weit entfernt sei zu überschätzen, so müsse man sich zur Aufnahme neuer Motive entschließen, welche dem Ausschusse vorgelegt werden könnten. Persönlich wünsche er — wie der von ihm bei dem Ausschusse gemachte, aber abgelehnte Antrag bezeuge — noch viel weiter zu gehen als Welcker, und namentlich die Fülle des öffentlichen Vertrauens an den Bund zu knüpfen.

Reh von Darmstadt: Man dürfe nicht außer Acht lassen, daß die Fünfzig die Aufgabe hätten, dem Nationalparlament freie Hand zu halten und die öffentlichen Verhältnisse ihm so zu überliefern, daß es dann die nothwendige Neugestaltung vornehmen könne. Eine Neugründung in dem beregten Sinne würde die ganze Situation verrücken, und zwar in dem Maße, daß der Ausschuss bedenklich sein könne, ob er nicht auf diese Veranlassung hin das Vorparlament wieder zu berufen habe.

Dies waren die wesentlichsten Gesichtspunkte, die von der einen Seite her gegen Welcker's Antrag geltend gemacht wurden.

Schmerling entgegnete in vortrefflicher Weise; ich bedaure, das Einzelne nicht notirt zu haben.

Dann wieder erhoben sich die Bedenklichkeiten von Seiten Colloredo's und Dönhof's; daß sie die Zumuthungen der Fünfziger ablehnten, fand ich sehr natürlich; es geschah in so rücksichtsvollen Formen, wie es die deprecirende Art, mit der sie vertreten wurden, forderte. Weniger zur Sache, wenn auch motivirt erschien es, daß von Colloredo geltend gemacht wurde, der Bundestag, doch seinem Ende so nahe, müsse sich nicht mehr in so weit-aussehende Dinge einlassen, sich begnügen, das ihm Obliegende zu Ende zu führen. Es scheine mir, entgegnete ich, in keiner Weise wünschenswerth, daß man Seitens des hohen Bundes von diesen Ansichten ausgehe, noch sei er der legitime Träger der Einheit Deutschlands; und wenn auch seine Thätigkeit ihrem Ende nahe sein sollte, Deutschland werde bleiben und alle Activa und Passiva seiner Erbschaft übernehmen müssen.

Die Debatte wandte sich unerquicklich weiter; man hatte nichts weniger als den »gemeinsamen Punkt« gefunden, man trieb sich in allerlei peripherischen Nebendingen um, man schlug her und hin allerlei Modificationen vor, z. B. daß das Triumvirat, wenn es doch geschaffen werden solle, auf die großen Nationalrechte der Volksbewaffnung und der freien Presse vereidigt werden möge, daß dasselbe, so oder so ernannt, als eine Zufügung und Verstärkung für den Bundestag gelten dürfe u. s. w. Die Deputation der Fünfzig namentlich mußte sich durch ihr Mandat zu weit gebunden fühlen, als daß ihr irgend ein fortschreitendes Eingehen auf die Frage möglich wurde; der Wille des Volkes, sagte einer der Herren, sei auf so unzweideutige Weise gegen den Bundestag und das ganze bisherige Bundesverhältniß, daß jede aus dieser Richtung stammende Gestaltung mit tiefstem Mißtrauen aufgenommen, ja mit lautem und derbem Widerspruch zurückgewiesen werden würde; und den Willen

des Volkes zur Anerkennung zu bringen, sei die Aufgabe des Ausschusses, wie sein Ursprung eine reine That des Volkswillens gewesen sei; es dürfe keine, auch nicht die geringste Schmälerung dieses souverainen Willens gestattet werden. Worauf Welcker entgegnete: daß allerdings die Funziger eine sehr bedeutsame Stellung, eine sehr große Gewalt besäßen, »aber ihre Gewalt reicht keinen Strich weiter, als die öffentliche Achtung, welche sie sich zu erwerben wissen; wenn dieselben in den größten Fragen, in den entscheidenden Augenblicken aus Mißtrauen, Eifersucht oder anderen Motiven, die weder auf dem Boden der Einsicht noch der Vaterlandsliebe erwachsen sind, das Vaterland versäumen, ja meine Herren, so werde ich, ich Einzelter, vor das Volk treten und Zeugniß geben wider sie; ich werde an den gefunden Sinn des deutschen Volkes appelliren, ich werde ihm sagen, daß man ihm eine Versammlung von Männern verdächtigen will, zu denen sich Sylvester Jordan gesellt hat!«

Dies war die Spitze der Verhandlung. Mancher verließ wie ich den Saal mit dem Gefühl völliger Resultatlosigkeit. Was ich seitdem gehört, überzeugt mich vollkommen, daß man zu keinem Resultat gelangen wird. Und doch wird das Bedürfniß dessen, was ich wollte, mit jedem Tage dringender. Heute ist die Nachricht von General Gager's Tod eingetroffen! Und dazu diese Kriegsführung im Norden: »diese erbärmliche Rivalität«, schreibt man mir, »hinsichtlich der Anführung, diese Rangwirthschaft und all dieser Jammer kann wahrhaft in Verzweiflung setzen und ist eine Schande für die deutsche Nation.« Der König von Hannover schreibt unter Anderm in dem »Nachtrag zur Instruction des Generallieutenant Hallett«: »Derselbe wird ermächtigt, das Obercommando über die sämtlichen Truppen der deutschen Bundesstaaten zu übernehmen, welche dazu bestimmt sind, die Herzogthümer Holstein-Schleswig in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse gegen die dänische Kriegsmacht zu schützen . . . derselbe wird benachrichtigt, daß auch England sich zu einer Vermittlung angeboten hat; es wird morgen von hier aus der preussischen Regierung davon Kenntniß gegeben.

Die englische Vermittlung wird erleichtert werden, wenn die Dänen in ihrer Stellung nördlich von der Eider« (und sie stehen diesseits der Schlei!) »nicht ohne dringende Gründe angegriffen werden.«

Ich habe mich verpflichtet gehalten, da Madai noch nicht als Bundestagsgesandter aufgenommen ist — Graf Colloredo will erst Instruction einholen! — diese Dinge in der heutigen Sitzung der Siebzehn zur Sprache zu bringen; es gehörte nicht viel Beredsamkeit dazu, das Klägliche der ganzen Angelegenheit darzulegen. Vortrefflich war, was Schmerling sprach: »Dieser Fall bezeichnet nur wieder, wie vollkommen unfähig die derzeitigen Verhältnisse des Bundes sind, das Geringsste zu leisten. Da haben wir den ganzen jammervollen Beweis der vielgerühmten Einigkeit unter den Regierungen; Hannover zerrt und wirrt gegen Preußen, wie und wo es kann, und Preußen will seine Soldaten nicht unter einen hannöverschen General stellen, mag Schleswig-Holstein und die Ehre Deutschlands darüber zu Grunde gehen, und der Bundestag findet keine Mittel, da einzuschreiten. Er giebt einen neuen Beweis seiner vollkommenen Ohnmacht, sobald es sich um etwas anderes handelt, als Demagogen zu verfolgen und mißliebige Schriften zu unterdrücken. Ich bedaure, meine innigste Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß wenn nicht etwas Außerordentliches geschieht und man sich nicht hinwegsetzt über alle Bedenklichkeiten, aus der ganzen schönen Erhebung Deutschlands nichts wird, als größere Erbärmlichkeit denn je zuvor. Die Gegenwart trägt nun einmal den Fluch ihrer Vergangenheit, und wenn man die besten Talente, die kräftigsten Charaktere hineinbringt in diese alten vergifteten Formen, so sind sie ruiniert, so ist der Keim des Todes in sie gelegt; so wie sie sich aufraffen, Preiswürdiges wollen, Hand anlegen, werden sie von allen Seiten bekämpft, gehemmt, verschrien, können nichts. Ich spreche da meine tiefgefühlte Ueberzeugung aus, und es mag Ihnen nicht auffallen, daß es ein Oesterreicher ist, der so spricht. Ich bin geboren in dem formalsten Wesen von der Welt, ich habe mich mein Lebelaug in dem Formalismus des österreichischen Justiz-

wesens bewegt, ich und wir alle dort sind wie mit gebundenen Händen umhergegangen. Wenn ich trotz dieser seit 40 Jahren empfangenen Eindrücke hier ganz andere Ideen vertrate, so möge man daraus abzunehmen geneigen, für wie erschreckend groß ich die Gefahr des deutschen Vaterlandes erachte. Die freiesten Völker haben in Zeiten der Gefahr Einer Hand alle Gewalt unumschränkt anvertraut; auch uns kann nur Dictatur retten, und einen Dictator in Deutschland würde man wahrlich nur ermuntern müssen, nicht zu gelinde zu verfahren. Von Uebergreifen in gemeinschädlicher Weise besorge ich jetzt, wo die ganze Nation auf dem Qui vive steht, nicht das Geringste; nur die Schlassheit kann uns verderben, denn wie das Beispiel Hannovers zeigt, der kleine partikularistische Dünkel ist überall unermüdlich, seinen Vortheil zu suchen, und das Uebrige thut die träge Gewohnheit und das bornirte Mißtrauen Derer, die statt zu wahren und mitzuhelfen, nur an ihre Popularität oder die Scheinehre ihrer zufälligen Stellung denken. Was Droysen Ergreifendes von seiner Heimath berichtet hat, steht nicht vereinzelt da; von Posen zu schweigen, in Tyrol sieht es um nichts besser aus. Von drei Seiten sind Freischaaren eingedrungen, die österreichische Armee ist in ernstlicher Gefahr, es ist möglich, und sehr möglich, daß deutsches Bundesgebiet an Italien gekettet wird, und dann senden die Italiener ihre Sympathien hieher und werden nicht zurückgewiesen; und doch gehen sie angriffsweise zu Werke, sie gefährden Triest, sie wollen Dalmatien besetzen, sie fluchen auf die Sclavonier. Wie stellt sich der deutsche Bund zu solcher Schmachwirtschaft? Nicht einmal im Innern weiß er Hülfe; täglich prophezeit man uns das Ende des Bürgerkrieges in Baden, und täglich kommen neue traurigere Ereignisse. Und dies Baden hat die Gränze gegen Frankreich, die offenste, die Deutschland hat, gegen Frankreich, wo schon in den letzten Tagen die provisorische Friedenspolitik Lamartine's an einem Haare hing und die nächsten Tage ganz unberechenbare Entscheidungen bringen können. In solchen Gefahren von Außen und Innen geschieht bei uns nichts, als höchstens, daß

man sich gegenseitig die Entscheidung mißgönnt und die Verantwortlichkeit zuschiebt. Wenn wir — ich bitte, meine Herren, mir das zu verzeihen — immer nur rathschlagen und feinste Dinge austüpfeln und unsere Genugthuung darin finden, die kleinen Beiläufigkeiten zu betreiben, so könnten wir unerwartet einmal in unsern Lucubrationen gestört werden.«

Den 25. April 1848.

Die ganze Frage scheint mir in die Lage gekommen — oder gebracht — zu sein, daß wenigstens vor dem Parlament nichts mehr in derselben erzielt werden wird. Und damit sinkt eins der ersehntesten Bedingnisse für die Thätigkeit des Parlaments in das Nichts. Welche Gefahren! und welche Schwächung für das Parlament! Denn solche Versammlung ist nur so stark, als das Gouvernement, mit dem sie arbeitet, existirt nicht ohne diesen Gegendruck, ist eine Expansivkraft ohne Fassung.

Wenn Plan, wenn nicht bloß Gründe, sondern Ziele in diesen Weigerungen wären, so müßte man die Politik bewundern, die so combinirte. Aber es fällt mir nicht ein, dem Grafen Colloredo so kühne Conceptionen zuzutrauen. Vorerst arbeitet die zähe Trägheit des Seienden, die Schwierigkeit des Neuen und der sich überschlagende Unverstand, der vom Capital seiner Macht zehrt, statt der besten Diplomatie. Aber Dönhof? Ist es wahr, was mir . . . mittheilt, daß das Berliner Cabinet einer unserer Ansicht völlig entsprechenden Wendung geneigt war, aber sie aus Rücksicht auf Oesterreich und auf ausdrücklichen Wunsch von dorthier daran gab?

Sedenfalls wird mit dem Mißlingen dieses Projectes ungem ein viel verändert. Preußen kann das in jener Richtung Versäumte nicht einholen; aber für die anderen Zwecke einzustehen, wäre ihm ein hoher Beruf. Schon heute habe ich aus Berlin Antwort auf den Brief vom 20. wegen der Marine; daß es gelänge, in jenem Sinne vorzuschreiten: nur die norddeutschen Staaten haben

ein nahes und anschauliches Interesse an der Sache, und von Frankfurt aus wird man nie eine Marine schaffen. Ich fürchte, wir werden, nachdem das Liberum veto der »deutschen Freiheit« so glorreichen Succurs erhalten und in Aussicht hat, unsere besten Hoffnungen auf die Conföderationen stellen müssen. Aber wehe uns, wenn unsere ganze Erhebung auf einen politischen Zollverein reducirt werden müßte.

IV.

Denkschrift, die deutschen Angelegenheiten betreffend.

Mit der Beendigung des Verfassungsentwurfes Seitens der Siebzehn ist eine Art Abschnitt in der Gestaltung der deutschen Verhältnisse erreicht, und es dürfte der Mühe werth erscheinen, einmal vorwärts und rückwärts zu schauen. Dies um so mehr, da man in dem ungeheuren Wechsel der Ereignisse nur zu leicht von den dringendsten nächsten Interessen und Fragen in Anspruch genommen, den großen wesentlichen Zusammenhang aus den Augen verliert.

So trivial es klingen mag, fragen wir zuerst, was ist geschehen.

Es handelt sich nicht um die Reihe einzelner Ereignisse in Wien, Berlin, Frankfurt u. s. w.; auch die verschiedenen Anlässe, welche an den andern Orten anders gewirkt und mitgewirkt, untersuchen wir nicht. Das Wesentliche ist der jähe und schmähliche Sturz des alten Systems, das Deutschland und seine einzelnen Staaten beherrscht hat.

Dies System, gegründet auf dem Wiener Congreß unter dem Hulblächeln Alexander's und der schleichsamen Kunst Talleyrand's, von England gutgeheißen, weil es dem nächsten Vortheil der englischen Interesse zu dienen schien, von Oesterreich, weil es den irrationalsten Staatencomplex noch einmal garantirte, von Preußen, weil man um solchen Preis die Ehre erkaufte, unter den

fünf Großmächten, wenn auch die kleinste zu sein, — dies System deutscher Ohnmacht war nichts anderes als der künstlich geformte Schlussstein des völkerrechtlichen Gebäudes der heiligen Allianz, deren Stichworte Legitimität und monarchisches Princip, deren Zweck die gegenseitige Assuranz der fürstlichen Interesse gegen die sogenannte Revolution, deren Verfassung, wenn man es so nennen darf, die Oligarchie der fünf Großmächte und die Handhabung derselben in der Form von Congressen, Conferenzen, Interventionen u. s. w. war. Mit diesem Doppelsystem der heiligen Allianz und des deutschen Bundes war vor Allem die angebliche juste repartition des forces, diese mechanische Vertheilung der europäischen Völker und Länder garantirt, und damit der tiefste Impuls freiheitlicher Bewegungen, dem man eben noch den Sieg verdankte, todt gelegt; es war die Unterordnung jedes öffentlichen Rechtes unter die Politik und deren Forderungen ausgesprochen; es war die Interpretation dieses »allgemeinen Wohles« in die Hände eben jener großen Mächte gelegt, die natürlich durch ihr Machtinteresse bestimmt, am wenigsten der Völker Recht und Freiheit in Obacht nahmen; vor Allem Deutschland war oder wurde allmählig ein geographischer Name, und jede Mahnung, daß es als »Gesamtmacht wieder in die Reihe der europäischen Mächte eintreten müsse«, ward ein Verdachtsgrund gegen den Mahnenden.

So das System, das man 1815 zu gründen die Stirn hatte; den ersten Stoß, als sich die drei südlichen Halbinseln Europas auflehnten, bestand es. Aber indem sich England von demselben zu lösen begann, indem ein freies Griechenland sich trotz der christlichen Cabinette behauptete, erwuchs eine neue Gegenstellung zwischen den Großmächten, welche in dem Kriege von 1828 und 1829 nur durch die uneigennütigen Bemühungen Preußens verhehlt wurde.

Den zweiten schlimmeren Stoß brachte das Jahr 1830, um so schlimmer, da die Reform in England den Beweis lieferte, um wie viel mehr die Wahrheit besser als die Lüge sei. Mit Mühe ward auf dem Festlande der Schaden durch die quasi Legitimität

Louis Philipp's geborgen; ihm zur Seite blieb die frische Kraft Belgiens, das sich unbeirrt durch die diplomatischen Künsteleien nach seiner Art tüchtig und freiheitlich gründete, als ein Zeugniß jener Bewegungen, denen man in Deutschland durch einige Lügenzugeständnisse in der Form des constitutionellen Staatslebens zu entgehen glaubte, bis man auch diese, als mit den Bundeszwecken unvereinbar, wieder zurücknahm, und in tapferer Rückläufigkeit endlich zu jenen Willküracten von 1837 gelangte, die das deutsche Volk lehren mochten, was in den Augen seiner Fürsten und des Bundes Recht und Eid gelten.

Von dem an hat ein stilles Zittern und Schüttern in Deutschland, in Europa nicht aufgehört. Theils die nationalen, theils die freiheitlichen Bewegungen der Völker, theils der wachsende Unmuth der kleineren Mächte gegen die Oligarchie der großen, theils die tiefen Unterwühlungen, welche dem heimlichen Bündniß der Mächte mit den Geldinteressen entgegenarbeiten — zu dem allen die wachsenden Differenzen zwischen den großen Mächten selbst, von denen freilich nur die französisch-englischen zum öffentlichen Uergerniß geworden sind — endlich die völlige Principlosigkeit in dem Bestande der europäischen Verhältnisse, und damit der unerhörte Mangel an Staatsmännern, deren Stelle die Routine und die Staatskünstelei zu ersetzen suchte, — das alles hat die staunenswerthen Ereignisse herbeigeführt, welche 1847 in Italien, in der Schweiz, in Gallizien, in Preußen ihre Vorübungen machten, um unverstanden, wie sie blieben, in diesem Jahr in plötzlicher Thatsächlichkeit sich zu vollenden.

Nicht scharf genug kann man es hervorheben, daß namentlich in Deutschland seit dem Februar dieses Jahres alle Formen des bisherigen Staatslebens, alle staats- und völkerrechtlichen Angelegenheiten in Frage gestellt sind. Immerhin mag dem Einfluß der französischen Vorgänge so viel zugeschrieben werden, daß durch sie die langverhaltene Bewegung der Gemüther zum plötzlichen Ausbruch kam und die vorhandenen Ordnungen durchriß. Aber daß

sie so zerreißbar waren, wie sich nun gezeigt hat, daß sich in dem ganzen Volke ein großes Einverständniß, wenigstens darüber, was man nicht mehr wollte, erkennbar machte, daß auch nicht an einer Stelle das Alte die Kraft oder das gute Gewissen hatte sich zu behaupten, gab den Beweis, daß der Inhalt des deutschen Lebens anderer Formen bedarf, als der bisher gewährten oder gewährleisteten.

Über welcher?

Es war in hohem Grade merkwürdig, wie sich die alten Formen nach den neuen Verhältnissen zu strecken suchten. Am 1. März erließ der deutsche Bund jene Proclamation, durch welche er eine gewisse Illusion deutscher Einheitlichkeit an sich zu bringen suchte; in einer Reihe weiterer Erlasse bemühte er sich gleichsam athemlos keuchend die vorausseilende Hast der deutschen Bewegung einzuholen; dann trieben beschämende Vorgänge in München zu einem raschen Wechsel; dann zerriß in unerhörter Möglichkeit das ganze monströse Dunstgebilde Metternich'scher Staatskunst, und während der alte Diplomat mit einem gewissen Anstand vom Platze schied, zerstob hinter ihm der ganze Dunst stinkender, kriechender, ohnmächtiger Erbärmlichkeiten; dann brach der Troß des alten Torykönigs von Hannover, es demüthigte sich der Uebermuth des Casselers, es wich die kleinliche Rechthaberei des Sachsen. Schon hatten die Rheinlande in Berlin angepocht, die Vorgänge von Wien lösten den Bann der preussischen Politik, die Proclamation des 18. März wies ihr die Stellung an, die sie nie hätte verlassen sollen; aber wie auch immer entstanden oder angestiftet, die blutigsten Gewaltthaten überboten sie; und als der König nach jener empörenden Leichenschau, nach der beschämenden Ovation der Polen verkündete: er werde sich persönlich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, wie weit über ihn, über Preußen hinaus war sie da schon. Sie gipfelte sich endlich in jener extemporisirten Frankfurter Versammlung, die mit dem Gefühl, die höchste, ja die einzige Autorität in Deutschland zu sein, verhandelte.

Wäre Frankfurt eine Stadt in der Größe von Paris gewesen, oder wäre jene Versammlung in Berlin oder Wien gehalten worden, so würde möglicherweise aus derselben eine eben so extemporierte Neugründung der deutschen Verhältnisse haben hervorgehen können, eine Neugründung freilich, die mehr als eine Vendée geweckt, mehr als ein Lyon zerstört haben, in furchtbarem Bürgerkriege, in völliger Zerreißung Deutschlands untergegangen sein würde.

In Frankfurt mußte man sofort inne werden, daß diese Versammlung — vom Recht und der Legitimation durfte man absehen — keine constitutiven Möglichkeiten in sich trug. Indem man keinerlei praktische Anknüpfung, keine momentan eingreifende Wirksamkeit zu finden vermochte, begnügte man sich, desto größere Forderungen und Befugnisse an eine Versammlung zu überweisen, die mit dem Mandat unbeschränkter Competenz von allen Deutschen gewählt werden sollte.

Dem stand eine Minorität von festen und consequenten Ansichten gegenüber, nicht ohne großen Einfluß in allen Neben dingen auf die Mehrheit zu üben, wie denn beide wetteiferten, das schon Ueberwundene zu züchtigen, dem Bundestag harte Worte zu sagen, den Fürstlichkeiten derbe Mahnungen zuzurufen. Sprechend und beschließend vollendete man gewissermaßen den breiartigen Zustand, zu dem sich das deutsche Staatswesen zu verwandeln begonnen hatte. Jene Minorität aber wollte mehr; ihre Lösung war die Republik, ihr nächstes Ziel mußte die Gründung einer provisorischen Centralregierung, das Mittel dazu die Permanenz der Versammlung sein; in immer neuen Wendungen versuchte sie diese zu ertrotzen.

Es ist von großer Bedeutsamkeit, daß dies nicht gelang, richtiger, daß die republikanische Partei, als sie in Masse die Paulskirche verließ, nicht den Frevelmuth oder die Verblendung hatte, sofort auf den Straßen die Republik auszurufen, und mit den Banden, über die sie verfügen konnte, die Sitzung zu stürmen. Mit dieser Unterlassung hat sich das Schicksal Deutschlands entschieden, andere Wege zu gehen als Frankreich.

Die jetzige Lage.

Fast vier Wochen sind seit jenem Tage verfloßen. Die Versammlung hat sich vertagt in der Weise, daß sie einen Ausschuß von 50, der in Permanenz zurückblieb, den Auftrag ertheilte, den Bundestag selbstständig zu berathen, die Einleitung der Wahlen zu einer constituirenden Versammlung zu überwachen, und falls vor deren Zusammeneritt irgend ein gefahrdrohendes Ereigniß eintrete, jene erste Versammlung wieder zu berufen.

Es enthält dieser Auftrag zwei merkwürdige Momente, welche die ganze Stärke und die ganze Schwäche jener Versammlung aussprechen. Einmal, er nimmt eine Souverainität des einheitlichen deutschen Volkes in Anspruch, insofern nur in dieser das Mandat begründet sein kann, solche Befugniß zu geben; sodann, er stellt dieselbe Souverainität in Abrede, insofern er keinerlei Uebertragung von Regierungsbefugnissen wagt, sondern diese den wie auch immer bestehenden Regierungen überläßt. Muß man den Fünfzigern die Anerkennung zollen, daß sie sich mit großem Tact in dieser innerlich halben Stellung zu halten und nützlich zu machen verstanden haben, so darf man zugleich nicht unbemerkt lassen, daß ihr einziges reelles Machtmittel, die Wiederberufung jener großen Versammlung durch die Schilderhebung der Republikaner in Baden, moralisch unmöglich wurde.

Gleichzeitig trat eine zweite Wendung hervor. Die Regierungen hatten im März mit sich selber so viel zu thun, daß der Bund wie sonst nie eine gewisse selbstständige Thätigkeit zu entfalten begann. Im Gefühl seiner völligen Unpopularität beschloß er Männer des öffentlichen Vertrauens heranzuziehen, um mit ihnen namentlich die Bundesverfassung zu revidiren. Die meisten Ernannten waren Mitglieder jenes Vorparlaments gewesen, sie constituirten sich als ein eigener Senat neben dem Bunde. Es kam ganz darauf an, welche Stellung sich diese Siebzehn machen würden. Durch das Vertrauen der Regierungen bestellt, hätten sie

möglicher Weise die Fülle centraler Gewalt, die die Bundesgesandten, durch Instructionen gebunden, nicht geltend zu machen wagten, an sich nehmen, den Bundestag zum Ausführer des in diesem Sinne Beschlossenen machen können. Aber die Siebzehn mußten empfinden, daß das Uebergewicht der populären Gewalt bei den Fünfzigern war, und daß der Bundestag, schon verstärkt durch neue populäre Männer, zum Theil aus der Mitte der Siebzehn, mit Nichten sich eigener Entschließungen begeben werde. Selbst der Versuch, durch entschiedene Rathschläge die Thätigkeit des Bundes zu regeln oder zu beschleunigen (so in Sachen Schleswig-Holsteins, der Marine, der auswärtigen Verhältnisse), führte nicht zu sofortigen Resultaten, am wenigsten zu solchen, welche den Siebzehn eine Befugniß anderer Art, als wie sie auch die Fünfzig ausübten, die eines wohl beachtenswerthen Rathes, überwiesen hätten. Sie zogen sich mehr und mehr darauf zurück, einen Verfassungsentwurf zu bearbeiten, der dem constituirenden Parlamente vorgelegt werden könnte.

Der Bundestag selbst durchlebte die merkwürdigsten Wechsel. In jenem Vorparlament war er eine Leiche, ein todter Schatten genannt, als seine fernere Bestimmung bezeichnet worden, Briefträger zwischen dem wollenden Volke und den nach dessen Willen handelnden Einzelregierungen zu sein. Und in diesem Sinn benahm er sich, ließ sich aufgeben, wie die Wahlen zur constituirenden Versammlung anzustellen seien, ließ sich brauchen, die falsch angelegten, ja eingeleiteten zu inhibiren, ließ sich bestimmen, sofort ein ganzes dreißigjähriges System von Beschlüssen aufzuheben u. s. w. Wie schwere Worte hat der Bund hören müssen über seine Purification, über seine früheren Sünden, über seine Nachlässigkeit, über seinen diplomatischen Charakter; wie wand er sich diplomatisch unter den harten Forderungen in Betreff Schleswigs, in Betreff der hannoverschen Saumseligkeiten. Inzwischen wuchsen die inneren und äußeren Gefahren Deutschlands täglich; die anarchistischen Wühlereien in Baden, die Gefahren an der Eider, die Schutzlosigkeit der

deutschen Küsten erweckten das lebhafteste Gefühl, daß sich Deutschland als einheitliche Macht schnell bethätigen, daß eine centrale Executivgewalt gegründet werden müsse. Wie überlegen an Popularität, moralischen Einfluß und Rücksichtslosigkeit auch die Fünfziger dem Bundestag waren, über Machtmittel hatten sie nicht zu verfügen, wenn sie nicht das, was nicht einmal die große Versammlung gewagt hatte, unter ungleich mislicheren Verhältnissen wagen wollten. Und wieder die Siebzehn im deutlichen Gefühl ihrer unpraktischen Stellung, und schon in ihre Verfassungsarbeit vertieft, begnügten sich, eine Anregung in jenem Sinne dem weiteren Ermessen der Bundesversammlung anheim zu geben. Hier nun war der Punkt, wo sie entschieden beide überholte. Die Forderung, selbst aus eigener Machtvollkommenheit einen Obergeneral zu ernennen, die Vermittlung zwischen Oesterreich und Italien zu übernehmen, zur Gründung einer deutschen Marine Gelder anzuweisen, die weitere Forderung, aus ihrer Mitte eine Centralgewalt in Form einer Executiv-Commission zu gründen, wies sie zurück mit Hinweisung auf ihre Incompetenz; aber — und dies war ein Meisterzug Welcker's — sie schlug vor, drei Bevollmächtigte mit ausgedehnter Befugniß durch die Regierungen ernennen zu lassen, die in und über dem Bunde jene einheitliche Gewalt handhaben sollten, immerhin verantwortlich gegen die demnächstige Nationalversammlung, immerhin unter Beirath auch der Siebzehn und der Fünfzig. Fast vierzehn Tage ist diese Frage hin und her erörtert; es haben sich an ihr die Siebzehn und mehr noch die Fünfzig gleichsam stumpf gedacht; indem sich endlich jetzt die Fünfzig für die Begründung jener Gewalt mit Stimmenmehrheit entschieden, ist von der Alternative, die in ihrer Berufung lag, die eine Seite, die schwächere, zum Uebergewicht gelangt.

Einen Meisterzug nannte ich jenen Vorschlag; nicht in dem Sinne als sei es staatsmännisch ein großer und kühner Zug gewesen; es ward damit die einzige staatsmännische Idee, welche eben jetzt auf allen Lippen ist und nur ihre Fassung fordert, die der Ein-

heit der Nation, gleichsam verleugnet und der nackten Wirklichkeit unserer Zersplitterung in ihrer schroffsten Form, der der Gegenstellung von Oesterreich und Preußen und der einst rheinbündnerischen Staaten ihnen zur Seite, Ausdruck gegeben. Der praktische Gewinn, den solche Gründung bringen konnte, ist durch die Verzögerung schon auf wenig oder nichts reducirt; und im besten Falle wird die Centralgewalt gleichzeitig mit der Nationalversammlung beginnen, — ob beginnen zu handeln, steht dahin. Auch nicht ein Meisterzug in dem Sinne, daß damit die Bundesversammlung eine große und heilsame Stellung gewonnen oder wiedergewonnen hätte; sie hat nichts anderes gethan, als die Möglichkeiten, die ihr zugemuthet wurden und welche verwirklichend sie den Dank des Vaterlandes hätte gewinnen können, in dem Augenblick von der Hand zu weisen, wo die Siebzehn und die Fünfzig sie mit Entschiedenheit darin unterstützt hätten. Es war ein Meisterzug in dem Sinne, daß die Bundesversammlung damit die beiden andern Versammlungen gleichsam in ihr Niveau zog, und eine Vertagung aller einheitlichen Einflüsse in die nur zu dunkle Ferne sanctioniren ließ.

Es liegt auf der Hand, daß sich in demselben Maße auch das Verhältniß der einzelnen Staaten und Regierungen zu der Frage der Einheit umgewandelt hat. Im Anfang April war im Grunde jede derselben in Frage gestellt; zu der wirklichen Gründung einer provisorischen Regierung war freilich nur, und unter besondern Verhältnissen, Schleswig-Holstein fortgeschritten; aber in den preußischen Rheinlanden war es, wie ausdrücklich versichert werden kann, nahe daran; anderer Orten erkaufte die Regierungen nur durch die größte Nachgiebigkeit, durch Acte förmlicher Selbsterniedrigung, ihren Fortbestand. Aber indem sie sich überall im populärsten Sinn erneuerten und, zufrieden die Continuität der Dynastie zu retten, völlig neue Systeme und Personen an das Ruder brachten, gelang es, inmitten des Rufes nach deutscher Einheit, die Vielheit der Staaten, die Möglichkeit sie aus sich, und nicht aus diesem Gedanken der Einheit umzumodeln, ihre maßgebende Bedeutung

für die künftige deutsche Verfassung zu erhalten. Schon wird dieser Rückschlag fühlbar. Es kommt dazu, daß doch in vielen Gebieten ein tief wurzelnder Particularismus vorherrscht, daß sich sofort, wo es die Probe gilt, die Eigenart der verschiedenen »Staatsindividualitäten« geltend macht, wie man denn in Lauenburg, in Baden deutsche Truppen als »Fremde« angefeindet hat, — daß sich namentlich in den Ländern der österreichischen Monarchie die compacte slavische Bevölkerung durch die deutsch-nationale Bewegung gefährdet fühlt, — daß deren Segen der besitzenden Classe von sehr abstracter und ungreifbarer Art erscheinen muß, so lange nicht aus ihr ein Regiment gegründet ist, das schützt und fördert und rettet, — daß sich endlich vorherrschend die übele Gewohnheit und Lust des Opponirens auf diese neuen Ideen wirkt, während die conservativen Tendenzen noch vor ihr zurückbeben, noch nicht begreifen, daß in ihnen allein die Möglichkeit der Reform, d. h. die einzige Sicherung vor der Anarchie wie vor der noch destructiveren Rückkehr zu dem unerträglich gewordenen Früheren ist. — Schon hat Preußen anzeigen lassen, es könnten seine Deputirten nicht vor dem 18ten Mai in Frankfurt sein und es erwarte, daß man nicht eher die Berathungen zu eröffnen sich befugt erachten wolle; Baiern hat den Rath der Siebzehn von dem Augenblick an, wo der Verfassungsentwurf berathen worden, ohne Vertreter gelassen; das Wiener Ministerium hat den Wählern gegenüber ausdrücklich erklärt, daß es sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung (der Zusammenhang lehrt, daß die Nationalversammlung gemeint ist) gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalte, und daß es, wosern letzteres mit der Wesenheit eines Bundesstaates nicht vereinbarlich erkannt würde, Oesterreich nicht in der Lage sein würde, einem solchen beizutreten. Mit einem Wort, die Regierungen der Einzelstaaten, insonderheit der größeren, haben eben so viel Vorsprung gewonnen als die inneren und äußeren Gefahren Deutschlands wachsen, ohne daß man sagen könnte, daß sie in demselben Maße an Macht, an innerer Sicherheit und Stätigkeit gewachsen sind.

Man hört oft die Furcht vor Reaction äußern. In dem Sinne, wie sie von Vielen genannt wird, ist eine Reaction vorerst nicht denkbar; aber diese der Einzelstaaten gegen die Einheit bereitet ihr den Weg, einen Weg, der über die Erniedrigung, Zerreißung, Verwüstung Deutschlands zu dauernder Neue führen würde.

Was soll werden?

Ein heillosler Zirkel, indem sich die Verhältnisse Deutschlands bewegen; alle wichtigen Fragen sind vertagt, sind offen gelassen, werden fast geflistentlich umgangen; und was geschieht, erschwert nur die Lösung, indem es sie zugleich nur nothwendiger macht.

Hätten die Regierungen nicht überall Wahlen zu einer constituirenden Versammlung angeordnet, so würde es denkbar sein, daß sie auf dem eingeschlagenen Wege zu einem dem früheren wenigstens im Princip ähnlichen Zustande Deutschlands zurück könnten. Oder wären sie im Stande, das Nichtzusammenkommen des Parlaments zu ermöglichen oder das zusammengekommene erfolglos debattiren zu lassen oder deren Beschlüsse zu cassiren, so möchte Deutschland ferner ein Bundesstaat oder Staatenbund heißen, es würde weder im Guten noch im Uebeln wesentlich anders werden.

Aber in vierzehn Tagen tritt jene Versammlung zusammen, berufen und gewählt als constituirende, mit der Befugniß, eine deutsche Verfassung »zu Stande zu bringen«.

Ihre Aufgabe wäre, fast möchte man sagen leicht gewesen, wenn einstweilen jenes innere Zusammenfassen der Einzelstaaten und ihrer Interessen nicht eingetreten wäre. Sie hätte ohnmächtigen Regierungen gegenüber durch ihren Beschluß das Neue schaffen, allenfalls den Fürsten ein Recht der Zustimmung gewähren können; sie hätte aus dem Interesse der deutschen Einheit und unter Berücksichtigung der localen Besonderheiten das möglichst Heilsame ableiten und dann erwarten können, daß sich die Einzelinteressen dem großen Ganzen fügen würden; sie hätte in dem hohen Bewußtsein, das wahre Heil Deutschlands zu vertreten, von dem Volke jede Anstren-

gung und jedes Opfer fordern dürfen, um endlich zu erringen, was ohne maßlosen Schaden nicht länger entbehrt werden darf.

Wie jetzt die Sachen stehen, ist ein Conflict beider Principien unvermeidlich, ein Conflict, der allen Gefahren im Innern wie von Außen ein weites Thor öffnen wird.

Oder um dasselbe mit einem anderen Ausdruck zu bezeichnen: Deutschland bedarf einer Reform, die Fürsten haben sie zugesagt, das Volk will sie; aber es ist keine Verfassungsform denkbar, die unter den gegebenen Verhältnissen sich ausführbar zeigte. Aus den Prämissen von 1815 ergab sich die Bundesverfassung mit Nothwendigkeit; die nationale Tendenz ist ihr völliger Gegensatz; sie ohne principielles Opfer auf der anderen Seite geltend machen wollen, heißt die Quadratur des Kreises suchen. Jeder, der sich die Reihe der Möglichkeiten vergegenwärtigen will, wird zu demselben trostlosen Resultate kommen.

Wozu denn aber die Berathungen der Siebzehn? Sie begannen ihre Arbeit unter den Eindrücken jener ersten Apriltage, mit der Hoffnung oder Anmaßung, daß eine beste Verfassung für Deutschland wie denkbar, so möglich sei. Auch nicht einmal ist in ihrem Kreise die Frage aufgeworfen worden, wie sich ihr Entwurf unter diesen oder jenen Verhältnissen modificiren müsse; oder vielmehr in der richtigen Würdigung dieses, wie es scheinen durfte, wechselnden Exponenten zogen sie es vor, ein Wahrzeichen aufzurichten, daß in dem wilden Gewoge, wie es die nächste Zeit zu bringen drohte, dem deutschen Volke den einzig wirthbaren Hafen zeigen wird, nach dem es steuern möge.

Die constituirende Versammlung hat eine andere Aufgabe: von ihr werden praktische Resultate, thatsächliche Anordnungen und Gründungen erwartet. Welcher Art können diese sein? Es werden Deutschlands beste Männer zusammenkommen, sie werden nach bestem Wissen und Gewissen tagen; aber werden die einzelnen Staaten das

Gewisse, wie geschwächt oder gefährdet es erscheinen mag, für das Ungewisse dahingeben wollen? In der Frage über die »Grundrechte des deutschen Volkes«, über die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments, vielleicht über ein Reichsgericht, wird man sich allenfalls auch mit den Regierungen verständigen können, wenn auch schon da die Interessen der österreichischen Gesamtmonarchie sich denen der Nation entgegenstellen. Kompetenzfragen sehr bald die Erörterung auf den entscheidenden Punkt drängen werden. Dies ist die Frage über das Reichsregiment, über dessen Bedeutung, über dessen Haupt. Immerhin, der Entwurf der Siebzehn, wie er vorliegt, erscheint unpraktisch; aber jede andere denkbare Combination ist es in gleichem, ja höherem Grade. Wird sich Preußen und Oesterreich, ja Baiern und Hannover einem Oberhaupt unterwerfen wollen, das mehr denn eine Scheinmacht hätte? Werden die kleineren Staaten ferner einen Bundesstaat oder Staatenbund wollen, dessen dominirende Elemente Großmächte von doch nur theilweise deutschem Interesse sind? Kann Oesterreich das Kaiserthum fordern, ohne daß sich Preußen abkehrt und Baiern empört wird, oder Preußen, ohne daß Oesterreich sich auf sich selber zurückzieht und Hannover sich auf das Aeußerste widersetzt? Und wieder ein wechselnder Präsident macht entweder in kürzester Frist alle deutschen Staaten zu Republiken, und dann löst sich Deutschland in Kantone auf, die sofort nach der völlig unconcentrischen Art unseres Landes und Volkes, sich unglaublich schnell von einander hinweg leben werden und die Beute der Nachbarn werden müssen, — oder es beginnt dieser durch Wechsel ohnmächtigen Mitte gegenüber das alte Zimmerspiel unserer dynastischen Territorialentwicklung, der dauernde erbliche Einfluß der Territorialfürsten überholt, verstärkt durch die ständischen Institutionen jedes Gebietes, die dürftige Einheitlichkeit nur um so sicherer. Endlich täusche man sich nicht über die nationalen Stimmungen; sie sind provinziellerer Art als man glaubt, nicht bloß die Gewohnheit und Erinnerung und der ächt deutsche Meid, sondern die Confessionen, die Interessen, die typischen Anschauungen trennen sie in allem Positiven; und der tri-

viale Begriff der Volkssouverainität würde uns am wenigsten zu einer wirklichen anstattlichen Einheit führen, wie sie der wahre Volksg Geist fordert und die verwandelte Lage der europäischen Verhältnisse nothwendig macht.

Mit einem Wort, es ist Gefahr, daß Deutschland in dem Augenblick, wo es die Hand nach der langersehnten Einheit ausstreckt, diese, ja auch den letzten dünnen Rest derselben, den Bund, völlig verliert. Oder richtiger — denn es ist nicht wahrscheinlich, daß der Gedanke, in welchem sich die höhere Erkenntniß und Fassung aller unserer Interessen und Bedürfnisse, aller Verschiedenartigkeiten und Sonderungen immer wieder zusammenfindet, in sich selbst irrig sein sollte — die Frage über die deutsche Zukunft ist augenblicklich auf einen Punkt gelangt, wo menschliche Berechnung und Einsicht nur Wünsche hat, eine Lösung aber aus den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist.

Für den Augenblick ist es eine drohende, allbeängstigende Stille, gleich der vor ungeheuren Entscheidungen; mit matter Geschäftigkeit wird da und dort Kleinliches, Unwesentliches, Augenblickliches geschafft; man ist zufrieden, einen Tag weiter zu kommen, ohne sich entschließen, ohne wagen zu müssen. Es fehlt der größere Blick und die kühnere Hand, die in dem Wirrwar der Tagtäglichkeiten das Entscheidende entscheidend ergriffe, überall. Und indes zermürbt sich jede noch vorhandene Ordnung, jede noch nutzbare Gewalt; schon ist kein Organ öffentlicher Macht mehr in der Kraft und Rüstung und Geltung, dem Unheil, wenn es hereinbricht, zu wehren. Was soll daraus werden?

Die Aufgabe (Entwurf).

Nur aus dem kühn erkannten Ziel ist eine Rettung zu finden. Wie ein Feldherr erkenne der Staatsmann den entscheidenden Punkt, gebe das Kleine, Lärmende, Blendende rechts und links

Preis, siege wo es gilt. Ohne die höhere strategische Idee ist alle Taktik vergebens.

Und das Ziel ist die politische Einheit Deutschlands. Sie muß stark sein, so stark wie die Gefahr der gewaltigen Spannungen und Widerstrebungen innerhalb der Nation, die sie nicht vertilgen, sondern zusammenhalten soll. Die dann fürchten, es drohe Napoleonische Centralität, gleichen denen, die aus Furcht vor dem Regen ins Wasser springen.

Aber Kühnheit und noch einmal Kühnheit! Freilich nicht die vertilgende des wilden Revolutionairs, der mit diesem Mahnruf die Revellirung Frankreichs begann. Es gilt, die Idee des Reiches deutscher Nation wieder aufzurichten; die Kühnheit, deren es bedarf, ist eben dies zu wollen und dies um jeden Preis; der einzige Weg, auf den man es nicht wollen dürfte, ist glücklicher Weise von der Art, daß er niemanden täuschen kann als führte er zum Ziele.

Die erste Bedingung für das neue Reich ist Macht. Der einst reichsständischen, dann Staatenrepublik Deutschlands die utopische der angeblichen Demokratie folgen lassen wollen, hieße nur eine neue kläglichere Form der Zersplitterung und Ohnmacht versuchen. Wir bedürfen eines mächtigen Oberhauptes.

Die Macht Oesterreichs war unsere Ohnmacht, während Preußen der Einheit Deutschlands bedarf, um die Lücken seiner Macht zu füllen.

Oesterreich kann, will es mit uns gehen, nicht anders als eine reine Personalunion seiner gemengten Staaten werden wollen; und nur so weit es das wird, kann es mit uns gehen. Die versuchte Gesamtstaatsverfassung, der liberalistische Ersatz des Metternich'schen Systems, wird diese Gesamtmonarchie entweder zersprengen, oder zu der im besten Falle Josephinischen Willkür zurückführen.

Preußen ist schon Deutschland in der Skizze. Es wird in Deutschland »aufgehen«, d. h. statt sich constitutionell abzuschließen als Staatsindividualität, wird es durch Entwicklung der provinzial-

ständischen Verfassung seine Vergliederung mit Deutschland und die der deutschen Staaten mit sich ermöglichen, um seine große und gesunde Machtorganisation — sein Heer- und Finanzwesen voran — als Rahmen für das Ganze zu bieten.

Den Hohenzollern gebührt die Stelle, die seit den Hohenstaufen leer geblieben.

Frankfurt, den 29. April 1848.